



EVA VÖLPEL

RÜCKVERTEILEN

VERSCHÄRFTE KÄMPFE UM DIE ZUKUNFT
UND FINANZIERUNG DES SOZIALEN

INHALT

Einleitung	3
1 Krisenfolgen – Explodierende Ungleichheit und verschärfte Spaltungen	7
2 Krisenfolgen – Leere Kassen und gestiegene Verschuldung	13
2.1 Die Situation im Bund und ein kurzer Blick auf die letzte große Krise	13
2.2 Besonders hart getroffen: die Kommunen und Länder	16
2.3 Explodierende Kosten und aufgebrauchte Rücklagen – Die Sozialversicherungen	21
2.4 Fazit: Kreditfinanzierte Investitionspolitik und Rückverteilung müssen Hand in Hand gehen	24
3 Von Brüchen und möglichen Allianzen	27
3.1 Verschiebungen im Mainstream: Investitionsoffensive ja, Umverteilung nein	27
3.2 Positionsbestimmungen im Lager Mitte-Links	32
3.3 Mindestprojekte aus linker Sicht	41
4 Die Finanzierungsfrage in Kämpfe um konkrete Bedarfe einbetten!	43
Autorin	49



EINLEITUNG

Die durch das Corona-Virus verursachte Krise hat zugespitzt gezeigt, wie extrem mangelhaft das System der sozialen Infrastrukturen ist, sei es im Bereich der Gesundheitsämter oder sonstiger krisenrelevanter kommunaler Stellen, in der Pflege oder im Bildungsbereich. Wollen wir, dass unsere Gesellschaft für kommende Krisen besser gewappnet und insgesamt lebenswerter, (geschlechter-)gerechter und solidarischer ist, dann müssen soziale Infrastrukturen deutlich ausgebaut und verbessert werden. Solch ein Ausbau muss Hand in Hand gehen mit den notwendigen Umbrüchen einer sozial-ökologischen Wende, die im Sinne eines linken Green New Deal nicht nur für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft sorgt, sondern auch für die Schaffung neuer, sinnvoller und gut entlohnter Arbeitsplätze, unter anderem im Bereich der sozialen Infrastrukturen.¹

Das alles kostet viel Geld. Mit Blick auf kommende Auseinandersetzungen wird es deswegen entscheidend sein, signifikante Umverteilungsmaßnahmen und ein Ende der Schuldenbremse zusammen zu verfolgen. Nur das wäre ein Signal des Aufbruchs für linke Reformen mit einem finanzpolitisch handlungsfähigen Staat. Es geht also um eine doppelte Aufgabe: Den Diskurs um ein Ende der Schuldenbremse und damit eine kreditfinanzierte Investitionspolitik in ausreichender Höhe und

gleichzeitig um die notwendige Rückverteilung von Reichtum voranzubringen.

Denn die Finanzbedarfe für die konsumtiven Ausgaben (Stichwort: mehr Personal) einer sozial-ökologischen Wende sind so groß, dass dafür auch unabdingbar mehr Steuermittel notwendig sind. Die müssen von jenen kommen, deren Vermögen enorm gewachsen sind und die im Übrigen auch die höchsten CO₂-Fußabdrücke hinterlassen.² Fließen diese Steuermittel in den Ausbau der sozialen Daseinsvorsorge, von dem besonders niedrige und mittlere Einkommen profitieren, ist damit auch ein Schritt hin zu sinnvoller Rückverteilung, mehr Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe getan.³

¹ Riexinger, Bernd: System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal. Wie wir den Kampf um eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können. Eine Flugschrift, Hamburg 2020. ² Siehe Oxfam: Confronting Carbon Inequality, 21.9.2020, unter: www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf; Umweltbundesamt: Einkommen, Konsum, Energienutzung, Emissionen privater Haushalte, 27.5.2021, unter: www.umweltbundesamt.de/daten/private-haushalte-konsum/strukturdaten-privater-haushalte/einkommen-konsum-energienutzung-emissionen-privater. ³ Neben dem Ausbau kollektiv nutzbarer Leistungen der sozialen Infrastrukturen geht es auch um eine bessere individuelle sozialversicherungsrechtliche Absicherung. Deutlich war in den letzten Monaten zu sehen, wie schlecht abgesichert die Prekäristen auf dem Arbeitsplatz und damit nachgelagert in den sozialen Sicherungssystemen sind. Das verweist auf notwendige Reformen am Arbeitsmarkt, in den Sozialsystemen und auf die Ebene gewerkschaftspolitischer Kämpfe um eine andere Primärverteilung. Diese Themen stehen jedoch nicht im Fokus des Textes.

Gemeinsam mit anderen Akteuren muss es darum gehen, Strategien, Projekte und Aktionen zu entwickeln, mit denen im Bundestagswahlkampf 2021 und darüber hinaus das Thema einer progressiven und solidarischen Finanz- und Umverteilungspolitik stärker auf die Agenda gesetzt wird. Denn die Frage, wie es gelingen kann, die sozial-ökologische Wende voranzubringen und damit auch die Demokratie und eine solidarischere Gesellschaft zu stärken, hängt entscheidend (auch) von finanz- und steuerpolitischen Aspekten ab. Unproduktiv ist dabei eine Auseinandersetzung darüber, ob man sich für oder gegen eine Regierungsbeteiligung ausspricht. Denn egal, ob DIE LINKE mitregiert oder nicht: Die gesellschaftlichen Zustände lassen sich immer nur verändern, wenn genügend Druck von der Straße da ist, um diesen Wandel einzufordern.

Zentral ist dabei die Aufgabe, die Kämpfe für eine andere Finanz- und Steuerpolitik mit den konkreten Themen, Nöten und Bedarfen zu verbinden, die näher am Erfahrungsalldag der Menschen sind. Die Finanzfrage muss dafür stärker als Mittel zum Zweck in politische Kämpfe und Kampagnen eingebettet werden.

Bevor dieser Text auf die aktuellen politischen Kräfteverhältnisse und strategischen Ansätze für eine andere Politik eingeht, werden als Ausgangspunkt der kommenden Auseinandersetzungen zuerst einige wichtige gesellschafts- und finanzpolitische Baustellen beschrieben. Es geht dabei um die durch die Pandemie verschärfte Ungleichheit, die noch einmal krass hervorgetretenen Mängel in den sozialen Infrastrukturen, die Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen sowie um die finanzielle Situation in den Sozialversicherungen.

MIT BLICK AUF KOMMENDE AUSEINANDERSETZUNGEN
WIRD ES ENTSCHEIDEND SEIN, SIGNIFIKANTE
UMVERTEILUNGSMASSNAHMEN UND EIN ENDE
DER SCHULDENBREMSE ZUSAMMEN ZU VERFOLGEN. [...]
DIE FINANZFRAGE MUSS DAFÜR STÄRKER ALS MITTEL
ZUM ZWECK IN POLITISCHE KÄMPFE UND
KAMPAGNEN EINGEBETTET WERDEN.



1 KRISENFOLGEN – EXPLODIERENDE UNGLEICHHEIT UND VERSCHÄRFTE SPALTUNGEN

Beginnen wir mit der Ungleichheit: Die verschärft sich weltweit in rasanter Geschwindigkeit. Während es nach der letzten Finanzkrise 2008 immerhin fünf Jahre dauerte, bis die reichsten 1.000 Milliardär*innen wieder so vermögend waren wie vor der Krise, brauchte es in der aktuellen Pandemie nur neun Monate, bis sie die coronabedingten Verluste wettgemacht hatten.⁴ Für die ärmsten Menschen der Welt prognostiziert Oxfam hingegen mehr als ein verlorenes Jahrzehnt. Erst dann würden ihre Einkommen wieder Vorkrisenniveau erreichen.⁵ Dieser Trend verschärfter Ungleichheit ist auch für Deutschland zu beobachten: Die zehn reichsten Deutschen verfügten Ende 2020 über ein Gesamtvermögen von rund 242 Milliarden US-Dollar – es liegt damit etwa 35 Prozent oder satte 62,7 Milliarden US-Dollar höher als noch im Februar 2019.⁶ Allein die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt erhielten als Mehrheitsaktionär*innen von BMW im Frühjahr 2020 rund 800 Millionen Euro Dividende, während sich gleichzeitig circa 40.000 BMW-Beschäftigte in Kurzarbeit befanden und der Konzern für mit Steuergeldern finanzierte Kaufprämien trommelte.

BMW ist kein Einzelfall, ein ähnliches Szenario wiederholte sich beim Autobau-

er Daimler, der im Jahr 2020 dank staatlicher Unterstützung beim Kurzarbeitergeld 700 Millionen Euro einsparte und im Frühjahr 2021 dann 1,4 Milliarden Euro an seine Anteilseigner ausschüttete. Auch bei den Vermögenden aus den Einzelhandelsdynastien freut man sich über gut laufende Geschäfte. So steigerten die Aldi-Eigentümer*innen Beate Heister und Karl Albrecht junior ihr Vermögen zwischen 2020 und 2021 um rund sechs Milliarden US-Dollar, der Lidl- und Kaufland-Eigentümer Dieter Schwarz machte von 2020 auf 2021 sogar 17 Milliarden US-Dollar Gewinn,⁷ während die Löhne der vielfach als systemrelevant gepriesenen Verkäufer*innen im Einzelhandel immer weiter von der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung abgekoppelt werden: So belief sich die Lohnlücke zur Gesamtwirtschaft 2019 bereits auf

⁴ Für etliche Tech- und Pharmaunternehmen war die Krise zudem umgehend ein Glücksfall: Durch den pandemiebedingten Boom der Cloud-Sparte und des Onlinehandels bekam etwa Amazon-Gründer Jeff Bezos 64 Milliarden US-Dollar mehr in die Taschen gespült. Im Frühjahr gab das Unternehmen dann bekannt, in den USA die Löhne für etwa eine halbe Million Beschäftigte um 50 Cent bis drei US-Dollar anzuheben. Kostenpunkt: rund eine Milliarde US-Dollar. Das Unternehmen fuhr allein zwischen Januar und Ende März 2021 über acht Milliarden US-Dollar an Gewinn ein. ⁵ Oxfam: Das Ungleichheitsvirus. Wie die Corona-Pandemie die soziale Ungleichheit verschärft und warum wir unsere Wirtschaft gerechter gestalten müssen, Berlin 2021. ⁶ Ebd. ⁷ Dolan, Kerry A./Wang, Jennifer/Peterson-Withorn, Chase: Forbes World's Billionaires List, Forbes, o. J., unter: www.forbes.com/billionaires/.

805 Euro monatlich und nur noch 28 Prozent der Beschäftigten arbeiten überhaupt tarifgebunden (Gesamtwirtschaft: 52 Prozent).⁸

Diese einzelnen, besonders drastischen Fälle verweisen auf eine bekannte Entwicklung: Die Krisen der vergangenen Jahre haben die Ungleichheit vertieft. Aber die Steigerung in der Quantität ist in dieser Pandemie beispiellos: Die Nummer der weltweiten Milliardär*innen stieg laut Forbes um 660 auf 2.755. Ihr Vermögenszuwachs explodierte zwischen 2020 und 2021 von acht auf 13,1 Billionen US-Dollar. Alle 17 Stunden rückte ein Newcomer-Milliardär auf die Forbes-Liste vor.⁹

Auf der anderen Seite fallen die Bilanzen ebenso eindrücklich aus, allerdings im negativen Sinne. Die Krise hat viele Menschen auf der Erde mit einer beispiellosen Brutalität getroffen, Leben und Existenzen zerstört, Hunger, Armut und Verzweiflung explodieren lassen. Von solchen Extremen ist Deutschland weit, wenn auch nicht immer allzu weit entfernt. Auch hier befeuert die Pandemie Armut und eine Ungleichheit, die bereits enorm ist. In Deutschland besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung knapp über zwei Drittel des privaten Nettovermögens, das reichste eine Prozent davon allein 35 Prozent.¹⁰ Und während die obersten zehn Prozent 1993 «nur» über 50-mal mehr verfügten als die untersten 50 Prozent der Bevölkerung, war es 2018 schon 100-mal mehr.¹¹

Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren beschleunigen, wenn nicht gegengesteuert wird. Etliche Entwicklungen

sprechen dafür: So sind die Nominallöhne in Deutschland im letzten Jahr um 0,7 Prozent gesunken, während sie selbst in der Krise 2009 um 0,2 Prozent stiegen. Besonders betroffen von den Lohnrückgängen sind Menschen in den unteren Gehaltsgruppen, vor allem ungelernete und angelernte Beschäftigte.¹² 16,4 Millionen Haushalte oder 40 Prozent der Verbraucher*innen haben aktuell laut Wirtschaftsauskunft Creditreform weniger Geld zur Verfügung als vor der Pandemie, ein Drittel der Befragten fürchtet, in den nächsten zwölf Monaten regelmäßige oder außergewöhnliche Kosten im Haushalt nicht bezahlen zu können.¹³

Die Auswirkungen dieser Krise sind in vielerlei Hinsicht ausgeprägter und weitreichender als in der Krise ab 2008/09. Nicht nur die Zahl der Kurzarbeiter*innen fällt hö-

⁸ Meiser, Pascal: Gute Arbeit im Einzelhandel – nur mit Tarifvertrag!, 2.6.2021, unter: www.linksfraktion.de/themen/nachrichten/detail/gute-arbeit-im-einzelhandel-nur-mit-tarifvertrag/. ⁹ Dolan, Kerry A.: Forbes' 35th Annual World's Billionaires List: Facts And Figures 2021, Forbes, 5.4.2021, unter: www.forbes.com/sites/kerryadolan/2021/04/06/forbes-35th-annual-worlds-billionaires-list-facts-and-figures-2021/?sh=330823245e58. ¹⁰ Bartels, Charlotte u. a.: MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen, DIW-Wochenbericht 29/2020, Berlin, unter: www.diw.de/de/diw_01_c_793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop__datenluecke_bei_sehr_ho___geschlossen___konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html. ¹¹ Albers, Thilo N. H./Bartels, Charlotte/Schularick, Moritz: The distribution of wealth in Germany, 1895–2018, ECONtribute Policy Brief Nr. 001, 8.3.2020, unter: www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute_PB_001_2020.pdf. ¹² Auch die Reallohnverluste lagen mit –1,1 Prozent im Jahr 2020 deutlich höher als 2009 mit –0,1 Prozent. Beschäftigte, die ausschließlich Kurzarbeitergeld erhielten, sind in den Daten nicht berücksichtigt. Siehe Statistisches Bundesamt: Reallöhne im Jahr 2020 um 1,1 % gegenüber 2019 gesunken, Pressemitteilung 143, 24.3.2021, unter: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_143_623.html#Fussnote1. ¹³ 16 Millionen Haushalte kämpfen mit Einkommensverlusten, in: Der Spiegel, 15.6.2021, unter: www.spiegel.de/wirtschaft/service/corona-loch-im-geldbeutel-16-millionen-buerger-beklagen-einkommensverluste-a-4452a945-a9ee-408c-b6ee-1fdd8c933b85.

her aus als damals, auch die Phasen von Kurzarbeit bzw. generell der Einkommenseinbußen sind länger. Die Krisenerfahrungen treffen zudem, anders als 2008/09 ff., in der Mehrheit nicht nur Beschäftigte in der (besser entlohnten) industriellen Produktion, sondern auch solche in schlechter bezahlten Dienstleistungsbranchen. So wundert es nicht, dass von den Einkommenseinbußen überproportional Geringverdiener*innen mit einem Nettoeinkommen bis zu 1.500 Euro betroffen sind. Mehr als die Hälfte von ihnen (53 Prozent) verlor an Einkommen, ab 2.000 Euro Einkommen geht der Wert deutlich auf rund ein Drittel zurück.¹⁴

Zu erklären ist das durch die spezifischen, bereits oft beschriebenen Wirkungen der Lockdown-Politik: Mit der Gastronomie, den personennahen Dienstleistungen oder dem Einzelhandel waren oder sind vielfach Branchen von Entlassungen oder Kurzarbeit betroffen, in denen überproportional viele Geringverdiener*innen oder Mini-jobber*innen ohne Anspruch auf Kurzarbeitergeld arbeiten. Zudem stecken Geringqualifizierte häufiger in Jobs, in denen Home Office nicht so leicht möglich ist, also Arbeitszeit eher reduziert wird, wenn zu Hause Kinder betreut werden müssen – und der Chef das zulässt. Quer durch alle Schichten übernehmen diese Aufgabe vornehmlich Frauen, was auch die Kluft in Sachen Reproduktionsarbeit und Einkommen zwischen den Geschlechtern verschärft. Überdurchschnittlich betroffen sind zudem Beschäftigte mit Migrationshintergrund: Sie wurden in der Krise häufiger arbeitslos und haben öfter Einbußen beim Einkommen zu verkraften.¹⁵

Vor allem (Solo-)Selbstständige aller Art spüren die Folgen der Lockdown-Politik, etwa kleine Gewerbetreibende oder kleine Einzelhändler*innen, Messe- und Ausstellungsarbeiter*innen, Sexarbeiter*innen, aber auch Studierende, deren Jobs zur Finanzierung des Studiums weggebrochen sind, Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, deren gestiegene Lebenshaltungskosten (aufgrund teurerer Lebensmittel oder des Bedarfs an Schutzausrüstung) nicht durch 150 Euro Hartz-IV-Zuschlag aufgefangen werden,¹⁶ sowie das große Feld der Kulturschaffenden. Bei Letzteren beliefen sich die Umsatzverluste 2020 europaweit auf 199 Milliarden Euro oder ein Minus von 31 Prozent. Das ist mehr als in der Tourismus- und Automobilbranche (–27 bzw. –25 Prozent).¹⁷ Allein für Deutschland ging die Bundesregierung in

¹⁴ Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: Empfänglichkeit für Verschwörungsmythen mit 2. Corona-Welle gesunken, doch soziale Spaltung in der Pandemie setzt sich fort, Pressemitteilung, 14.12.2020, unter: www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2020_12_14.pdf. ¹⁵ Anger, Silke u. a.: Befunde der IAB-Forschung zur Corona-Krise. Zwischenbilanz und Ausblick, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26.8.2020, unter: http://doku.iab.de/grauemap/2020/IAB_Befunde_COVID-19.pdf; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut: Wer hat durch die Corona-Krise Einkommen verloren? Neue Analyse leuchtet Ursachen und Folgen aus, Pressemitteilung, 29.10.2020, unter: www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2020_10_29.pdf. Extrem ungleich verteilt ist auch das Risiko, an Corona zu erkranken und – aufgrund von Todesfällen oder längeren Krankheitsfolgen – damit das Risiko weiterer Einkommenseinbußen. So machte Christoph Butterwege am Beispiel von Köln Anfang Mai deutlich, wie sich die sozialräumliche Struktur von Ungleichheit auswirkt: Während im Villenviertel Köln-Hahnwald die Sieben-Tage-Inzidenz tagelang bei 0 lag, betrug sie im armen und migrantisch geprägten Köln-Chorweiler zeitweise über 540. ¹⁶ Die lange Auseinandersetzung um eine so lächerlich niedrige Unterstützung zeigt, wie sehr die Ärmsten in diesem Land komplett durchs sozialpolitische Absicherungsrastrer fallen. Siehe auch Butterwege, Christoph: Die polarisierende Pandemie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2021, S. 45–48, unter: www.blaetter.de/ausgabe/2021/maerz/die-polarisierende-pandemie. ¹⁷ Lhermitte, Marc u. a.: Rebuilding Europe. Die Kultur- und Kreativwirtschaft vor und nach COVID-19, 2021, unter: www.akm.at/wp-content/uploads/2021/01/GESAC_EY_Zusammenfassung_Studie-2021.pdf.

**DIE KRISEN DER VERGANGENEN
JAHRE HABEN DIE UNGLEICHHEIT
VERTIEFT. ABER DIE STEIGERUNG
IN DER QUANTITÄT IST IN DIESER
PANDEMIE BEISPIELLOS.**

ihrem Worst-Case-Szenario von Einbußen bis zu 28 Milliarden Euro aus.¹⁸ Das wiegt umso schwerer, als viele Betroffene aus der Kultur- und Kreativwirtschaft durch das Raster der wirtschaftlichen Hilfen fallen. Ganz zu schweigen vom kulturellen Kahl-schlag, der folgen dürfte.

Zu den direkten finanziellen Auswirkungen gesellen sich weitere, die die Ungleich-

¹⁸ Statista: Auswirkungen des Coronavirus (COVID-19) auf die Kultur- und Kreativwirtschaft, 2021, unter: www.rbb-online.de/rbbkultur/radio/programm/schema/sendungen/der_zweite_gedanke/download/auswirkungen-des-coronavirus-co-vid-19-auf-die-kultur.file.html/study_id71959_auswirkungen-des-coronavirus-auf-die-kultur-und-kreativwirtschaft.pdf.

heit verschärfen, an erster Stelle die wochenlangen Schul- und Kitaschließungen: Kinder aus ärmeren Familien, solchen ohne akademischen Hintergrund oder mit Migrationshintergrund, haben viel heftiger unter den Folgen der Kita- und Schulschließungen und dem in vielen Bereichen mangelhaften digitalen Unterricht gelitten. Es gibt für viele von ihnen keine finanziellen oder ausreichenden pädagogischen Ressourcen, um die Lern- und Sozialisationsverluste auch nur annähernd aufzufangen. Dabei geht es nicht nur um Lernerfolge, sondern auch um ein weitreichendes Setting von Strukturen und außerhäuslichen Bezugspersonen, die weggebrochen sind und die die persönliche Entwicklung und (emotionale) Stabilität beeinträchtigen. Das ist übrigens auch von großer Bedeutung beim Thema Inklusion an Schulen. Die Kluft im Bildungssektor, der sich bereits stark nach Herkunft und Einkommen der Eltern ausdifferenziert, wird sich mit dieser Pandemie deutlich vertiefen.

Die Pandemie verschärft also die gesellschaftlichen Spaltungen entlang von Einkommen und Besitz, Bildungschancen, Geschlechtergerechtigkeit und rassistischer Diskriminierung. Sie wird Verlierer*innen vor allem in den unteren Klassen bzw. den unteren Mittelschichten und dem Prekariat produzieren und rückt damit schon an und für sich die Frage nach einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und einem Zurückdrängen der Ungleichheit in den Fokus.¹⁹ Mit dem Befund, dass sich in dieser Krise wie unter einem Brennglas die Lücken und Mängel der öffentlichen sozialen Infrastrukturen gezeigt haben, wird klar, dass die Bekämpfung von Ungleich-

heit und der Ausbau einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge zusammen kommuniziert werden müssen: Die Forderung nach Rückverteilung aus abstrakt und allgemein gehaltenen Gründen sozialer Gerechtigkeit und Demokratie ist richtig, sie bleibt aber zu oft im luftleeren Raum hängen. Produktiver für politische Auseinandersetzungen ist es, zu konkretisieren, wohin die Gelder fließen sollen, die rückverteilt werden müssen – und dass über bessere und kostengünstigere Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- oder ÖPNV-Angebote mehr Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe der Nicht-Vermögenden geschaffen werden.

Wer für solch einen Umbau streitet, wird unweigerlich mit vermeintlichen Sachzwängen wie den Grenzen der Staatsverschuldung, angeblich notwendigen Sparmaßnahmen und dem Vorwurf konfrontiert, Steuererhöhungen für Vermögende schaden dem Wirtschaftswachstum und kosten Arbeitsplätze. Werfen wir zuerst einen Blick auf die Staatsfinanzen.

¹⁹ Das sieht mittlerweile sogar der Internationale Währungsfonds so, der Anfang April für eine höhere Besteuerung von Vermögenden und stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung plädierte. Siehe Amaglobeli, David/Gaspar, Vitor/Mauro, Paolo: Giving Everyone a Fair Shot, 1.4.2021, unter: <https://blogs.imf.org/2021/04/01/giving-everyone-a-fair-shot/>.



2 KRISENFOLGEN – LEERE KASSEN UND GESTIEGENE VERSCHULDUNG

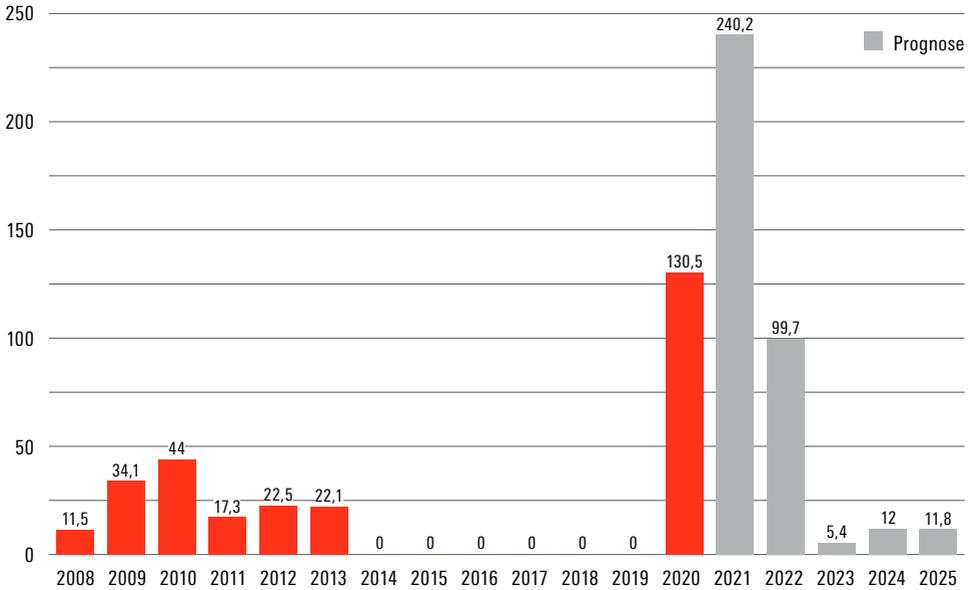
2.1 DIE SITUATION IM BUND UND EIN KURZER BLICK AUF DIE LETZTE GROSSE KRISE

Bereits jetzt ist klar, dass der Kampf um Erhalt, Reform oder Abschaffung der 2009 eingeführten Schuldenbremse ein zentrales Konfliktfeld nach der Bundestagswahl sein wird. Denn die Krise zeigt ihre deutlichen Spuren auf dem finanz- und steuerpolitischen Feld, etwa im aufgelaufenen Staatsdefizit sowie in den Kreditsummen, die für diverse Rettungs- und Konjunkturmaßnahmen mobilisiert wurden. Verglichen mit den Schätzungen aus der Zeit vor der Krise entgehen dem Staat in den kommenden Jahren jeweils über 50 Milliarden Euro an Steuern. Das Staatsdefizit, das erste seit 2013, stieg aufgrund wegbrechender Einnahmen und steigender Ausgaben mit insgesamt 189,2 Milliarden Euro im Jahr 2020 auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung.²⁰ In der letzten großen Finanz- und Wirtschaftskrise waren es 2010 noch 88,57 Milliarden Euro. Auch die Neuverschuldung des Bunds liegt seit 2020 deutlich höher als damals (siehe Abbildung 1). Damit beendet diese Krise eine Serie von Jahren, in denen Überschüsse eingefahren und die Schuldenbremse übererfüllt wurde, zulasten von öffentlichen Investitionen, deren Rückstau immens ist.

PANIK, WAS DIE SCHULDENSITUATION ANGEHT, IST FEHL AM PLATZ. [...] ES IST GUT MÖGLICH, AUS DEN SCHULDEN HERAUSZUWACHSEN, WIE IN DER ÖKONOMISCHEN DEBATTE NIEMAND ERNSTHAFT BEZWEIFELT.

²⁰ Davon entfielen 129,9 Milliarden Euro auf den Bund, 33,5 Milliarden Euro auf die Länder, 27,9 Milliarden Euro auf die Sozialversicherungen und zwei Milliarden Euro auf die Kommunen. Deren Defizit fällt nur aufgrund der Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern so niedrig aus. Statistisches Bundesamt: 189,2 Milliarden Euro öffentliches Finanzierungsdefizit im Jahr 2020, Pressemitteilung 169, 7.4.2021, unter: www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/04/PD21_169_711.html.

Abbildung 1: Nettoneuverschuldung des Bunds (in Milliarden Euro)



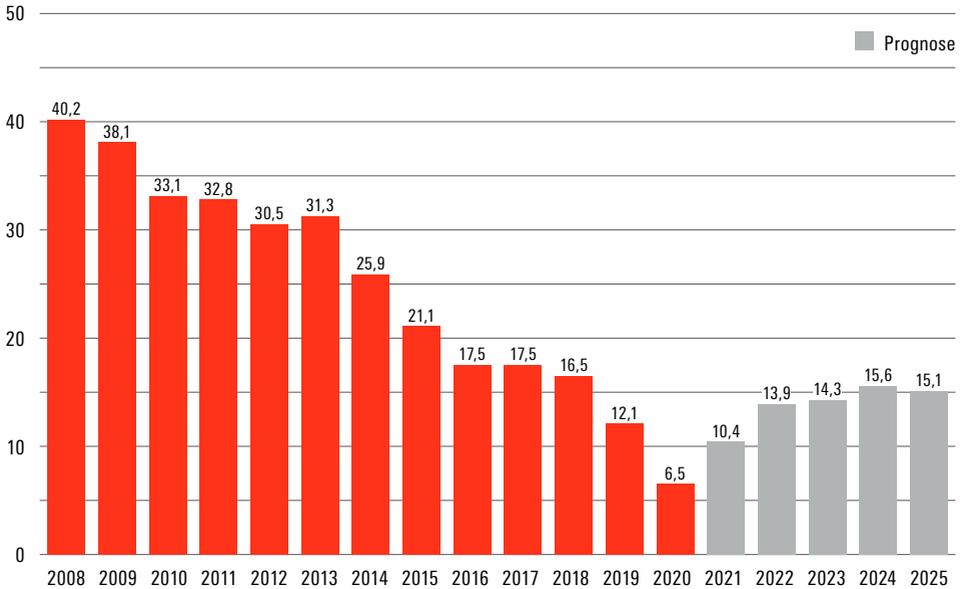
Stand: August 2021

Quelle: Statista: Nettokreditaufnahme des Bundes von 2000–2020, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75543/umfrage/nettokreditaufnahme-des-bundes/> sowie Deutscher Bundestag: Unterrichtung durch die Bundesregierung. Finanzplan des Bundes 2021 bis 2025. Drucksache 19/31501, 6.8.2021, S. 10, unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/315/1931501.pdf>

Ob es bei den Summen bleibt, ist unklar. Zwar stimmen die Impfquoten und die derzeit noch niedrige Auslastung der Krankenhäuser halbwegs optimistisch, aber es gibt weiterhin Unwägbarkeiten bei der Frage, wie stark sich impfstoffresistente Virusvarianten immer wieder auch hierzulande verbreiten, weil in vielen Ländern der Erde bisher kaum geimpft werden kann und die Ansteckungszahlen dort regelmäßig explodieren. Zudem müssen nach der verheerenden Flutkatastrophe im Westen Deutschlands Bund und Länder nun neue

Ausgaben stemmen. Erste Soforthilfemaßnahmen sollen sich auf 800 Millionen Euro belaufen, dazu kommen absehbar milliardenschwere Hilfen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur nötig sind. Panik, was die Schuldsituation angeht, ist dennoch fehl am Platz. Die letzte Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die rasch sinkende Schuldenstandsquote (2010 knapp über 82 Prozent, 2019 knapp unter 60 Prozent, Prognose für 2021 bei knapp unter 75 Prozent) bei Weitem nicht auf getilgte Kredite, sondern vor allem auf

Abbildung 2: Jährliche Zinsausgaben des Bunds (in Milliarden Euro)



Ohne Sondervermögen und Kreditermächtigungen; Stand: August 2021

Quellen: BMF, diverse Haushalts- und Finanzpläne, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundshaushalt/Haushalts_und_Finanzplaene/haushalts_finanzplaene.html sowie Deutscher Bundestag: Finanzplan des Bundes 2021 bis 2025, S. 41, unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/315/1931501.pdf>

stetig sinkende Zinslasten zurückging. 2010 machten die Zinsausgaben noch 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, 2019 waren es nur noch 1,9 Prozent.²¹ Auch die absoluten Zinsausgaben in Milliarden Euro sind seit 2008 stetig und deutlich gesunken und die Prognose für die nächsten Jahre sieht allenfalls einen moderaten Anstieg voraus (siehe Abbildung 2). Ein weiterer wichtiger Aspekt zum Überwinden des hohen Schuldenstands war die gute Wirtschaftslage und der Beschäftigungsaufbau mit entsprechenden Steuer-

einnahmen und Abgaben. Es ist also gut möglich, aus den Schulden herauszuwachsen, wie in der ökonomischen Debatte niemand ernsthaft bezweifelt. Zwar kann man diskutieren, wie stark der Beschäftigungsaufbau in den kommenden Jahren ausfallen wird, wenn in den nächsten Jahren verstärkt die Babyboomer in Rente gehen. Aber vieles spricht dafür, dass die Zinslas-

²¹ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2020. Gegen Markt- und Politikversagen. Aktiv in eine soziale und ökologische Zukunft, Köln 2020, S. 171.

ten für Staatsanleihen vorerst niedrig bleiben. Deutschland konnte im November 2019 sogar zum ersten Mal eine 30-jährige Anleihe zu Negativzinsen platzieren. Solche Effekte gilt es durch die Ausgabe besonders langlaufender Anleihen auszunutzen. Und selbst bei steigenden Leitzinsen der Europäischen Zentralbank (EZB) würde sich der Zins auf Staatsschulden wegen der (langen) Laufzeiten der alten Anleihen nur langsam erhöhen.²²

Wird jedoch nach dem Abflauen der Pandemie in den nächsten Jahren, wie bisher vorgesehen, in strengem Konsolidierungskurs getilgt, dann fehlt Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird. Der Schuldendienst der pandemiebedingten Kredite allein des Bunds beläuft sich laut Finanzplanung der Regierung ab 2023 auf zwei Milliarden Euro jährliche Tilgung und von 2026 bis 2042 auf 19 Milliarden Euro jährlich.

2.2 BESONDERS HART GETROFFEN: DIE KOMMUNEN UND LÄNDER

Werfen wir nun einen Blick auf die Kommunen und Länder. Der Investitionsstau der Kommunen lag 2020, trotz leicht gestiegener Investitionsausgaben in den letzten Jahren, bei satten 149 Milliarden Euro.²³ Geschätzte 2.500 der insgesamt rund 11.000 Kommunen sind überschuldet, etwa ein Viertel der Bevölkerung Deutschlands lebt in einer Kommune, die 2018 unter einem Haushaltssicherungskonzept arbeitete.²⁴ Die Pandemie erwischte die Gemeinden also mit voller Wucht

in einer Situation, die bereits von großen Mängeln und Defiziten geprägt war, von denen viele Menschen ein Lied singen können. In den Ballungsräumen kommt zudem noch das Thema rasant steigender Mieten und Bodenpreise hinzu.

Nun brechen den Kommunen die Einnahmen über Steuern und sonstige kommunale Zuflüsse (verlorene Eintrittsgelder wegen geschlossener Einrichtungen, teilweise erlassene Kitagebühren etc.) weg, während sie gleichzeitig pandemiebedingte Sonder- sowie steigende Sozialausgaben zu schultern haben und sich zudem verschärft um klimapolitische Herausforderungen kümmern müssten.²⁵ Die Bundes- bzw. Länderhilfen federn dabei kurzfristig nur das Schlimmste ab. So kompensieren Bund und Länder die für 2020 prognostizierten Einbrüche von insgesamt 11,8 Milliarden Euro bei der so wichtigen

22 Ebd., S. 185–187; 168–176. 23 Raffer, Christian/Scheller, Henrik: KfW-Kommunalpanel 2021, Frankfurt a. M. 2021, unter: www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2021.pdf. 24 Die Lage ist dabei sehr disparat. So wies das Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen 2019 weiterhin die höchste Pro-Kopf-Verschuldung auf (3.419, 2.985 bzw. 2.597 Euro), während es in Baden-Württemberg nur 494 Euro waren. Krone, Elisabeth/Scheller, Henrik: KfW-Kommunalpanel 2020, Frankfurt a. M. 2020, unter: www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2020.pdf. Der extreme Unterschied zeigt sich auch im Investitionsverhalten. Während Bayern im Jahr 2019 699 Euro pro Einwohner*in investierte (Sachinvestitionen), waren es im Saarland gerade einmal 214 Euro, in Nordrhein-Westfalen 261 Euro. Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Stefan Schmidt, Britta Haßelmann, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/22438, 20.10.2020, unter: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/235/1923514.pdf>. 25 Die Flutkatastrophe im Westen des Landes zeigt, dass allein schon bei den Anpassungen an die Folgen des Klimawandels hoher Nachholbedarf existiert, Stichwort: Ausbau der Notfallinfrastruktur und des präventiven Hochwasserschutzes. Dazu kommen die immensen Kosten der Aufräumarbeiten in den Kommunen, in denen die Infrastruktur teilweise komplett zerstört ist.

kommunalen Gewerbesteuer. Aber auch 2021 und für die nächsten Jahre, für die es noch keine Hilfszusagen gibt, sind beträchtliche Rückgänge anzunehmen. Insgesamt erwarten Städte und Gemeinden im Vergleich zur letzten Steuerschätzung aus Vorkrisenzeiten ein Defizit von insgesamt rund zehn Milliarden Euro jährlich bis 2024. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund fordert deswegen mindestens für 2021 und 2022 einen kommunalen Rettungsschirm von rund zehn Milliarden Euro und warnt andernfalls vor einer dramatischen Zunahme des Verfalls der kommunalen Infrastruktur.²⁶

Klar ist also, dass die bisher zugesagten Hilfen längst nicht ausreichen, um den Status quo zu halten, geschweige denn Investitionen bereitzustellen, um die existierenden Lücken in den sozialen Infrastrukturen zu schließen und einen sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben. Die Pandemie hat die aufgestauten Probleme deutlicher sichtbar gemacht und die Lage verschärft, weil neue Bedarfe dazugekommen sind und der Um- und Ausbau dringender wird. Die kommunale Verwaltungsstruktur müsste viel schneller flächendeckend auf arbeitsfähige digitale Lösungen umgerüstet werden, es braucht mehr Personal an Schlüsselstellen der kommunalen Infrastruktur wie etwa den Gesundheitsämtern und insgesamt im Pflegebereich, aber zum Beispiel auch in den kommunalen Bauämtern, damit Bearbeitungs- und Planungskapazitäten deutlich gestärkt werden und Investitionssummen schneller abfließen können. Es gibt zudem immense Mehrbedarfe in der (Schul-)Sozialarbeit, um die Versehrungen der Pandemie un-

ter Kindern und Jugendlichen zu bearbeiten, es braucht mehr Plätze und Ressourcen für Frauenhäuser und psychologische Betreuungsangebote zum Thema häusliche Gewalt, die in der Pandemie signifikant angestiegen ist. Das sind nur ein paar Beispiele. Außerdem werden viele Städte und Gemeinden als ein Ergebnis der Pandemie mit den wirtschaftlichen Folgen von wachsenden Unterkunfts-kosten in der Sozialhilfe, steigenden Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit zu tun haben. Dazu gesellen sich die noch nicht absehbaren Umbrüche im städtischen und ländlichen Raum, die durch die Pleiten von kleinen Einzelhändler*innen und Gewerbetreibenden sowie im Kultursektor und von sozialen Projekten verursacht werden.²⁷ Auch hier stehen die Kommunen vor der Anforderung, die städtische Infrastruktur im gewerblichen, sozialen oder kulturellen Bereich nötigenfalls auch mit finanziellen Aufwendungen zu stützen.

Ohne deutliche zusätzliche Finanzhilfen für die nächsten Jahre, eine Lösung der Altschuldenfrage sowie einen Umbau der Steuerart (Stichwort Gemeindegewerbesteuer)²⁸ ist keine Besserung für die Kommunen in Sicht. Im Gegenteil. Es zeichnet sich bereits ab, dass viele Städte und Gemeinden im Bereich der freiwilligen Leis-

²⁶ Deutscher Städte- und Gemeindebund/Zentralverband Deutsches Baugewerbe: 2. kommunaler Rettungsschirm für die Jahre 2021 + 2022 erforderlich!, April 2021, unter: www.dstgb.de/publikationen/pressemitteilungen/planungssicherheit-fuer-kommunen-und-bauwirtschaft/kommunaler-rettungsschirm-290421.pdf?cid=fej. ²⁷ Da die Insolvenzantragspflicht unter bestimmten Bedingungen noch bis Ende April 2021 ausgesetzt war, ist zu erwarten, dass es vermehrt ab dem zweiten Halbjahr 2021 zu einem Anstieg der Insolvenzen kommt. ²⁸ Troost, Axel: LINKE fordert Schutzschirm für Kommunen, Links Bewegt, 11.5.2021, unter: www.links-bewegt.de/de/article/311.linke-fordert-schutzschirm-fuer-kommunen.html.

tungen Einsparungen planen. Dabei werden sich die regionalen Disparitäten weiter zuspitzen: Denn vor allem finanzschwache Kommunen planen überproportional große Einschnitte in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales, von denen wiederum die einkommensschwächsten Personen am härtesten betroffen sind.²⁹

Hart von der Krise getroffen werden auch die Finanzen der 16 Bundesländer. Ihre Schulden – größtenteils aufgenommen für Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung – stiegen 2020 im Vergleich zu 2019 auf über 68 Milliarden Euro. Die Kreditermächtigungen aufgrund der notlagenbedingten Pandemiesituation fallen mit insgesamt fast 104 Milliarden Euro noch um einiges höher aus und sind teilweise über mehrere Jahre gestreckt.³⁰ Den Löwenanteil der notlagenbedingten Neuverschuldung vereinen Nordrhein-Westfalen und Bayern mit 45 Milliarden Euro auf sich.

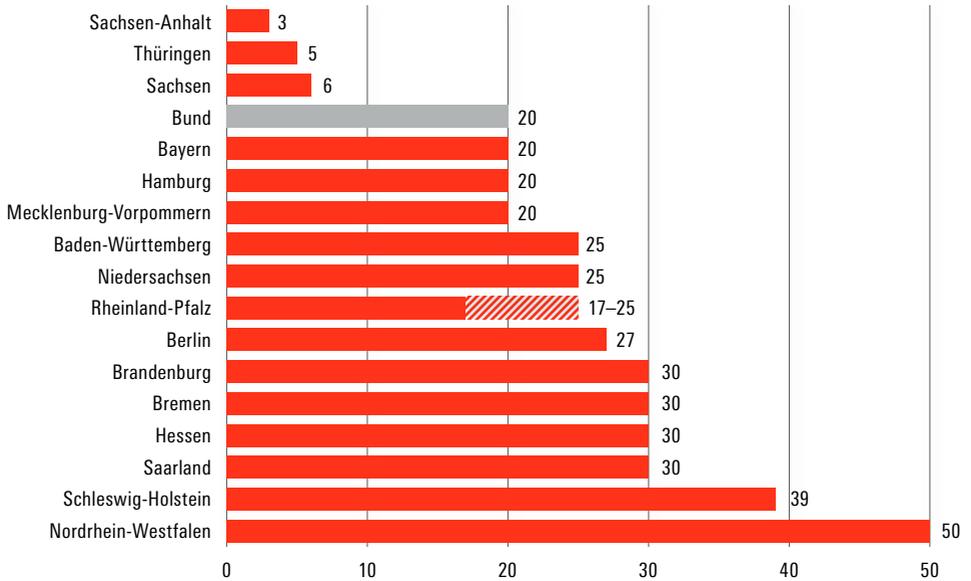
Der Umgang mit den Schulden ist dabei sehr unterschiedlich. Während sich das schwarz-gelb regierte Nordrhein-Westfalen maximal 50 Jahre für die Tilgung einräumt, sind es in vielen Ländern zwischen 20 und 30 Jahre, in Sachsen und Sachsen-Anhalt aber auch nur sechs bzw. drei Jahre. Viele Länder haben für den Beginn der Tilgung die Jahre 2024 oder 2025 festgelegt, Sachsen-Anhalt und Brandenburg das Jahr 2022, Hessen will bereits dieses Jahr damit beginnen. Die geplanten jährlichen Tilgungszahlungen (Tilgungen in Relation zu den ursprünglich geplanten Ausgaben von 2020) liegen in den meisten Bundesländern bei weniger als einem Prozent der Ausgaben, in Sachsen – in vielen

Aspekten Vorreiter einer besonders strikten Schuldenbremse – bei fast fünf Prozent.³¹

Differenzen gibt es auch im Umgang damit, wie die Länder die Politik der coronabedingten Schuldenaufnahme strategisch ausgestaltet haben. So nutzen einige Länder (etwa Brandenburg) die Möglichkeit, die wegen der Corona-Krise erlaubten Kredite teilweise in Rücklagen oder Sondervermögen zu überführen, um daraus auch in den kommenden Jahren notlagenflankierende Maßnahmen finanzieren zu können, ohne dass eine erneute Notlage festgestellt werden muss. Auch wäre es den Ländern wohl möglich, die Notlagenverschuldung – hinreichend begründet – ebenfalls 2023 noch in Anspruch zu nehmen. Ausschlaggebend dafür sind die Entwicklungen der Steuereinnahmen, die weiterhin unter den Prognosen aus der Vorkrisenzeit liegen dürften.³² Doch ungeachtet solcher Möglichkeiten hat etwa das von einer rot-rot-grünen Minderheit regierte Thüringen gerade angekündigt, 2022

²⁹ Während 59 Prozent der finanzschwachen Kommunen Einsparungen im Kulturbereich planen, sind es unter den finanzstarken Kommunen 38 Prozent. Bei den Sportangeboten ist das Verhältnis 46 zu 29 Prozent, bei den sozialen Angeboten 48 zu 24 Prozent. Brand, Stephan u. a.: Corona-Update Kommunalfinanzen: Die Zitterpartie dauert 2021 weiter an, KfW Research Nr. 316, 10.2.2021, unter: www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2021/Fokus-Nr.-316-Februar-2021-Coronaupdate-Kommunen.pdf. ³⁰ Scholz, Birger: Die grundgesetzliche Schuldenbremse und ihre Umsetzung durch Bund und Länder sowie die haushaltspolitische Umsetzung der Notlagenverschuldung in der Corona-Pandemie, Berlin 2021, unter: www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/wirtschafts-finanz-steuerpolitik/+++co++2d44b7f2-cf36-11eb-8519-001a4a160123. ³¹ Nitschke, Remo: Die Bürde der Corona-Schulden. Welche Belastungen erwarten die Länderhaushalte in den nächsten Jahren?, ifo-Institut, Dresden 2021. ³² Zu den komplexen länderrechtlichen Regelungen und den unterschiedlichen Wegen, die die Länder mit der Schuldenbremse angesichts der Corona-Notlage beschreiten, siehe ausführlich Scholz: Die grundgesetzliche Schuldenbremse.

Abbildung 3: Tilgungsdauer für die Corona-Schulden (in Jahren)



Quelle: DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund: Studie: Schuldenbremse wirkt unterschiedlich je nach Bundesland, 17.6.2021, unter: www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/wirtschafts-finanz-steuerpolitik/klartext/++co++961a0368-cf63-11eb-8ecc-001a4a160123

ohne Neuverschuldung auskommen zu wollen.³³ Stattdessen zehrt das Land seine (zum Teil aus der Zeit vor der Krise angelegten) Rücklagen auf. Bereits jetzt sieht die Finanzplanung eine deutliche Absenkung der Investitionsquote von 15,5 Prozent (Haushalt 2021) auf 13,8 Prozent (Haushalt 2024) vor. Das ist als Aushängeschild für eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung bitter, zumal die Union im Landtag, deren Zustimmung zum Haushalt nötig ist, mehr Finanzen für die Kommunen verlangt, um Investitionen in Kindergärten, Straßen oder Vereinen bereitzustellen, und eine auch für die Jahre 2022 und 2023 in Anspruch ge-

nommene Notlagenverschuldung es ermöglichen würde, den Beginn der (rigide in der Landeshaushaltsordnung vorgegebenen fünfjährigen) Tilgung nach hinten zu schieben.

So oder so ist klar: Viele Länder kommen in den nächsten Jahren in die Situation, dass sie unter den gegebenen Bedingungen enorm hohe Tilgungsbeträge aufbringen müssen, die an anderer Stelle schmerz-

³³ Mitteldeutscher Rundfunk: Finanzministerin Taubert plant Haushalt ohne neue Schulden, 20.7.2021, unter: www.mdr.de/nachrichten/thueringen/haushalt-taubert-landtag-100.html.

**DA DIE LÄNDER NUR ÜBER EINE BEGRENZTE
STEUERHOHEIT VERFÜGEN, WERDEN SIE ZUR
ERFÜLLUNG VON TILGUNGSVERPFLICHTUNGEN
EBENSO WIE DIE KOMMUNEN AUSGABEN
DRASTISCH KÜRZEN [...] UND DRINGEND
BENÖTIGTE INVESTITIONEN ZURÜCKSTELLEN.**

lich fehlen werden. Rheinland-Pfalz etwa, gerade erst schwer von der Flut getroffen, soll allein 2024 ganze 94 Millionen Euro zurückerzahlen (die jährliche danach zu tilgenden Beträge bewegen sich in ähnlichen oder höheren Größenordnungen), Bremen ab 2024 jährlich 55,5 Millionen Euro, Sachsen im Jahr 2023 368 Millionen Euro, 2024 bereits 700 Millionen Euro und im Jahr 2025 sogar eine Milliarde Euro, die durch Kürzungen zu «erwirtschaften» sind, um ein paar Beispiele zu nennen.³⁴

An den Ländern zeigt sich dabei besonders deutlich, wie zukunftsgefährlich die Schuldenbremse wirkt. Denn für die Länder greift die Regelung schärfer als beim Bund: Seit 2020 ist ihnen eigentlich eine strukturelle Neuverschuldung komplett verboten (beim Bund darf dieses Defizit jährlich maximal 0,35 Prozent des BIP betragen). Zudem haben sich nicht alle Länder bei der konkreten Ausgestaltung der Schuldenbremse im Landesrecht zumindest die Möglichkeit offengelassen, schul-

denbremsenneutrale Kreditaufnahmen über Extrahaushalte zu realisieren. Wenn die Nullverschuldungsregelung für die Länder nach den pandemiebedingten Ausnahmen wieder greift und Schulden getilgt werden müssen, ist der Finanzspielraum extrem beschnitten, während Länder und Gemeinden gleichzeitig für rund 60 Prozent der öffentlichen Investitionspolitik in Deutschland sorgen und sorgen sollen. Da die Länder nur über eine begrenzte Steuerhoheit verfügen, werden sie zur Erfüllung von Tilgungsverpflichtungen ebenso wie die Kommunen Ausgaben drastisch kürzen (etwa im Bereich befristetes Personal in Kultur und Wissenschaft) und dringend benötigte Investitionen zurückstellen. Auch dürfte die Politik vieler Länder, zugesagte Investitionsmittel zurückzuhalten, etwa im Bereich der Krankenhäuser, nicht besser werden.

³⁴ Siehe ausführlich Scholz: Die grundgesetzliche Schuldenbremse.

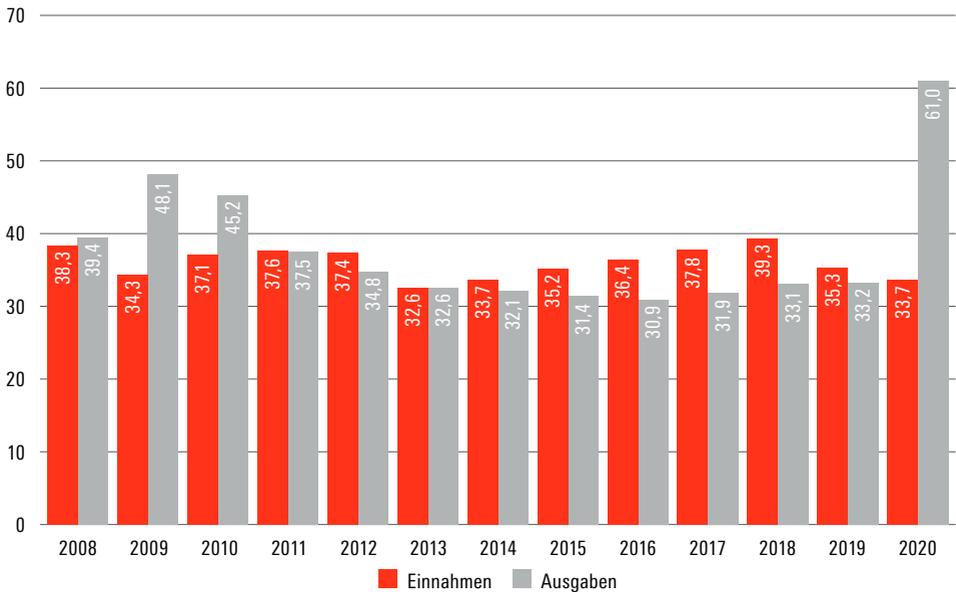
2.3 EXPLODIERENDE KOSTEN UND AUFGEBRAUCHTE RÜCK- LAGEN – DIE SOZIALVERSICHE- RUNGEN

Großer Druck lastet auch auf den Sozialversicherungen, vor allem der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Ende 2021 werden die kompletten Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) aus Pandemiezeiten in Höhe von 26 Milliarden Euro aufgezehrt sein. Die Ausgaben der BA sind 2020 auf den Rekordstand von 61 Milliarden Euro gestiegen, vor allem aufgrund des Kurzarbeitergelds, das mit 22,1 Milliarden Euro zu Buche schlug. Während der letzten großen Krise ab 2008/09 waren es auf mehrere Jahre verteilt nur 8,5 Milliarden Euro. Für 2021 erwartet die Agentur derzeit ein Defizit in Höhe von knapp 23 Milliarden Euro und prognostiziert, dass der Bund rund 17 Milliarden Euro zuschießen müsste. Auch für 2022 geht die BA noch von einem Defizit aus, dann verrin-

gert auf circa zwei Milliarden Euro. Neben höheren Ausgaben für das Kurzarbeitergeld ist die BA auch mit sinkenden Einnahmen und steigenden Kosten konfrontiert, weil mehr Menschen ihre Arbeit verloren haben. Sie beziffert den Corona-Effekt bei der Arbeitslosigkeit auf ein Plus von 450.000 Personen. Gestiegen ist seit Krisenbeginn auch die Langzeitarbeitslosigkeit. Sie liegt um mehr als 300.000 Personen über dem Vorjahresniveau.³⁵

³⁵ Gartner, Hermann/Weber, Enzo: Ohne Einstellungsschub wird sich die Arbeitslosigkeit verfestigen, Makronom, 22.4.2021, unter: <https://makronom.de/corona-krise-arbeitsmarkt-langzeitarbeitslosigkeit-ohne-einstellungsschub-wird-sich-die-arbeitslosigkeit-verfestigen-38992>.

Abbildung 4: Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit 2008–2020 (in Milliarden Euro)



Quelle: IAQ – Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen/sozialpolitik-aktuell.de, o. J., unter: www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abblV62.pdf

Auch die GKV bekommt die Auswirkungen der Pandemie in Kombination mit anderen kostspieligen Reformen deutlich zu spüren. Die Ausgaben für Krankenhäuser und Ärzt*innen stiegen pandemiebedingt an, wegen zusätzlicher Intensivbetten, Ausgleichszahlungen für freigehaltene Betten, Extraausgaben für Schutzausrüstung und hinzukommenden Behandlungen wie das Impfen. Wie sehr diese Extrakosten durch eine geringe Inanspruchnahme anderer Krankenhausleistungen teilweise wieder ausgeglichen wurden, ist an dieser Stelle unerheblich. Fakt ist, dass das Defizit der

gesetzlichen Krankenkassen steigt. Ende 2020 belief es sich auf rund 2,5 Milliarden Euro. Bis Ende 2021 sollen die meisten Reserven der Krankenkassen und des Gesundheitsfonds aufgebraucht sein.

Der Bund bezuschusst die Kassen 2021 mit rund fünf Milliarden Euro zusätzlich, 2022 sollen es sieben Milliarden Euro mehr sein. Das wird nicht reichen: Die Kassen rechnen allein für 2022 mit einer Lücke von rund 18 Milliarden Euro. Als eine Folge steigen bereits im Jahr 2021 die Zusatzbeiträge von durchschnittlich 1,1 auf 1,3 Pro-

zent. Damit wird die in der Pandemie bis Ende 2021 ausgesprochene Sozialgarantie der Bundesregierung (Deckelung der Sozialbeiträge auf insgesamt 40 Prozent) auf dem Papier gerade noch eingehalten.³⁶

Die DAK-Gesundheit warnte kürzlich vor einer deutlichen Kostenexplosion in den kommenden Jahren, weil Einnahmen und Ausgabenentwicklung der Kassen stetig auseinandergehen. So könnte bis 2025 das Defizit nach vorsichtigen Schätzungen auf 27,3 Milliarden Euro anwachsen. Die Zusatzbeiträge müssten dann massiv steigen, sofern der Bundeszuschuss von regulär rund 14,5 Milliarden Euro aus Vorpandemiezeiten nicht signifikant und dauerhaft erhöht wird.³⁷

finanzierung geklärt ist. Die DAK-Gesundheit plädierte deswegen jüngst für eine deutlich größere Steuerfinanzierung sogenannter versicherungsfremder Leistungen (darunter fallen etwa das Erziehungs- und Mutterschaftsgeld, die beitragsfreie Versicherung von Familienmitgliedern oder das Krankengeld). Diese Leistungen summieren sich jährlich bei den Kassen auf mindestens 41 Milliarden Euro. Auch kritisieren die Kassen seit Jahren den zu niedrigen Zuschuss zu den Krankenkassenbeiträgen für Hartz-IV-Empfänger*innen – und ebenso, dass der Bund entgegen seiner ursprünglichen Ankündigung jüngst nicht die Steuerfinanzierung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige eingeführt hat. So wächst auch durch

**IM GEGENSATZ ZUR ARBEITSLOSEN-
UND KRANKENVERSICHERUNG KOMMT
DIE GESETZLICHE RENTENKASSE
VERGLEICHSGEWISSE GUT DURCH DIE KRISE.**

Die Kosten erhöhen sich nicht nur wegen der wachsenden Zahl älterer Versicherter oder des medizinischen Fortschritts, sondern auch wegen neuer, oft überteuerter Medikamente sowie Fehlanreizen im Fallpauschalensystem. Dazu kommen kostspielige Reformen der letzten Jahre, etwa zur schnelleren Terminvergabe. In der Amtszeit von Gesundheitsminister Jens Spahn sollen sich die Mehrausgaben durch neue Gesetzesvorhaben laut der Techniker Krankenkasse auf rund 14 Milliarden Euro zusätzlich belaufen – ohne dass die Gegen-

die geplanten Reformen in der Pflegeversicherung das Defizit. Der GKV-Spitzenverband schätzt, dass sich dort die Finanzierungslücke im Jahr 2022 auf rund zwei Milliarden Euro belaufen könnte.³⁸ Deutlich zeigt sich an der Situation der Kran-

³⁶ Die Beiträge zur privaten Krankenversicherung stiegen noch deutlicher, von März 2020 auf März 2021 um 5,3 Prozent. ³⁷ IGES-Institut: GKV-Finzen: 2025 droht ein Defizit von 27,3 Milliarden Euro, 14.6.2021, unter: www.iges.com/kunden/gesundheitsforschungsergebnisse/2021/gkv-finzen/index_ger.html. ³⁸ GKV-Spitzenverband: Nachhaltige Pflege-Finanzierung sieht anders aus, Pressemitteilung, 1.6.2021, unter: www.gkv-spitzenverband.de/gkv-spitzenverband/presse/pressemitteilungen_und_statements/pressemitteilung_1234112.jsp.

kenkassen, dass einerseits Einsparungen bei den hohen Profiten nötig wären, die die Pharmaunternehmen etwa in Sachen Medikamentenpreise machen. Andererseits bräuchte es auch einen signifikant höheren Steuerzuschuss – was wiederum die Frage nach mehr Steuereinnahmen durch die Belastung von Vermögenden aufwirft.

Im Gegensatz zur Arbeitslosen- und Krankenversicherung kommt die gesetzliche Rentenkasse vergleichsweise gut durch die Krise. Sie schloss zwar das Jahr 2020 mit einem Defizit von 4,7 Milliarden Euro ab, doch die Reserven lagen damit immer noch bei 36 Milliarden Euro und über dem 1,5-Fachen einer Monatsausgabe. Das ist vor allem damit zu erklären, dass die Rentenkasse auch für den Bezug von Kurzarbeitergeld Beiträge erhält. Die Pandemie wird sich eher nachgelagert auswirken, wenn einerseits absehbar wird, wie sich der Arbeitsmarkt und die für die Rentenberechnungen notwendigen Lohnsummen

weiterentwickeln – und wie andererseits die Bedarfe an Reha-Leistungen oder Erwerbsminderungsrenten ansteigen. Trotz dieser stabilen Lage für die umlagefinanzierte Rente trommeln Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände mit dem Verweis auf die Pandemiefolgen derzeit verstärkt für weitere Rentenreformen, ergo Rentenkürzungen. Davon später mehr.

2.4 FAZIT: KREDITFINANZIERT INVESTITIONSPOLITIK UND RÜCKVERTEILUNG MÜSSEN HAND IN HAND GEHEN

All die erwähnten Schlaglichter zeigen deutlich, wie notwendig ein Bruch mit der herkömmlichen Politik im Umgang mit Staatsschulden und Finanzierungsfragen und zum Thema Umverteilung ist. Die Schuldenbremse und die bisherigen Tilgungsverpflichtungen von Bund und Ländern sind toxische Fußfesseln, wenn es um die Finanzierung gesellschaftlicher Bedarfe geht – und die Bekämpfung der Ungleichheit ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sie muss vor allem dem Zweck dienen, gesellschaftlich relevante Zukunftsprojekte für einen sozial-ökologischen Umbruch zu finanzieren. Es gilt also, zwei Finanzierungsquellen anzuzapfen.

Auf der einen Seite sollten notwendige öffentliche Sachinvestitionen vor allem kreditfinanziert werden. Denn von langfristig wirkenden Investitionen in eine verbesserte (soziale) Infrastruktur oder eine ökologisch umgebaute Wirtschaft profitieren auch die Jüngeren bzw. kommende Generationen. Sie erben nicht nur die

**ÖFFENTLICHE
SACHINVESTITIONEN SOLLTEN
VOR ALLEM KREDITFINANZIERT
SEIN [...]. ZUGLEICH SOLLTE DAS
DEUTLICHE MEHR AN PERSONAL-
BEDARFEN [...] HAUPTSÄCHLICH
AUS LAUFENDEN EINNAHMEN
BESTRITTEN WERDEN.**

Schulden, wie Marktradikale in einer Verdrehung des Begriffs «Generationengerechtigkeit» gerne behaupten, sondern im besten Fall eine sozial-ökologisch modernisierte Wirtschaft, eine bessere Zukunft. Generationengerechtigkeit kann also nur bedeuten, Wohlfahrtsgewinne und Kosten gerecht zwischen den Generationen zu verteilen, statt die Infrastruktur der Gesellschaft wegen rigider Schuldenbremsen und marktradikal motivierter Sparlogik verrotten zu lassen.

Auf der anderen Seite sollte das deutliche Mehr an Personalbedarfen,³⁹ das für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft notwendig ist, hauptsächlich aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Zwar gibt es Diskussionsbedarf, was die strikte Auslegung des öffentlichen Investitionsbegriffs angeht, der traditionell keine konsumtiven Ausgaben wie Personalkosten umfasst.⁴⁰ Doch auch wenn in Teilen eine Kreditfinanzierung von Personalinvestitionen sinnvoll, politisch gewollt und durchsetzbar wäre, sollte das Gros dieser Kosten steuerfinanziert sein. Es ist die gerechtere Form der Finanzierung dieser Zukunftsaufgaben, denn so werden laufende konsumtive Ausgaben, von denen die derzeitigen Generationen direkten Nutzen ziehen, auch aus Einnahmen der jetzigen Generationen finanziert. Für die signifikant wachsenden Bedarfe braucht es dabei Steuerreformen, um Vermögende stärker zur Finanzierung dieser Aufgaben heranzuziehen – und nicht zur Tilgung von Corona-Krediten.

Die existierende Ungleichheit, die hohe Konzentration von über ökonomische Res-

ourcen vermittelte Macht und Einfluss sowie Armut und abgehängte Regionen sind der Nährboden, auf dem Demokratieverdrossenheit und die Empfänglichkeit für sozialdarwinistische, verschwörungstheoretische und rechte bis rechtsradikale Einstellungen wachsen. Von daher ist es durchaus sinnvoll, in gewissen politischen Settings und bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen die Notwendigkeit von Umverteilung auch allgemein und abstrakt mit der Stärkung einer solidarischen, friedlicheren und demokratischeren Gesellschaft und der zutiefst ungerechten Obszönität des existierenden Reichtums in den Händen weniger zu begründen. Doch letztlich geht es im Konkreten und der alltäglichen politischen Praxis vor allem um ökonomische Fakten und um das anschaulich ausbuchstabierte Wofür einer Umverteilung, das politische Kampagnen und Forderungen legitimieren muss. Und durch eine Stärkung sozialer Infrastrukturen wäre automatisch auch ein wichtiger Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und damit auch zur Bekämpfung von Ungleichheit getan.⁴¹

Doch wie sehen die Kräfteverhältnisse für eine andere Politik aus?

³⁹ Siehe Heintze, Cornelia/Ötsch, Rainald/Troost, Axel: Die Beschäftigungslücke in der sozialen Infrastruktur. Ungedeckte Bedarfe für eine gute Versorgung mit öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungen in Deutschland, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 2/2020, Berlin 2020. ⁴⁰ Siehe etwa Prieue, Jan: Die Grünen und die Schuldenbremse. Eine klare Absicht – aber viele offene Fragen, Makronom, 20.5.2021, unter: <https://makronom.de/die-gruenen-und-die-schuldenbremse-eine-klare-absicht-aber-viele-offene-fragen-39268>. ⁴¹ Siehe ausführlicher Candeias, Mario u. a.: Reichtum des Öffentlichen, LuXemburg Online, August 2020, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/reichtum-des-oeffentlichen/; Candeias, Mario: Was tun und wo anfangen? 11-Punkte-Plan für einen neuen Sozialismus, LuXemburg Online, Dezember 2019, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/was-tun-und-wo-anfangen/.



3 VON BRÜCHEN UND MÖGLICHEN ALLIANZEN

3.1 VERSCHIEBUNGEN IM MAIN-STREAM: INVESTITIONSOFFENSIVE JA, UMWERTEILUNG NEIN

Das Feld der wirtschaftspolitischen Mainstreamdebatten zum Thema Schuldenbremse und Investitionsnotwendigkeiten hatte sich bereits in den Jahren vor der Pandemie wahrnehmbar verschoben, weil der Kapitaleite und den arbeitgebernahen Wirtschaftsinstituten mehr und mehr klar wurde, dass die vernachlässigte Investitionspolitik zu einem Hindernis für die Kapitalverwertung und den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden ist.

So kritisierten etwa das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) gemeinsam mit dem gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) im Herbst 2019 die zaghafte Investitionspolitik der 2000er Jahre und forderten eine öffentliche Investitionsoffensive von 450 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre, um Deutschlands Kapitalstock zu modernisieren und unter anderem den Herausforderungen von Klimaschutz und Digitalisierung gerecht zu werden.⁴² Die Institute plädierten für eine «goldene Regel», nach der Investitionen bis zu einer festgelegten Höhe von der Neuverschuldungsbegrenzung ausgenommen werden sollten.⁴³ Die Forderung nach einem Investitions-

paket machten sich infolge auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gemeinsam zu eigen, mittlerweile setzt der DGB dafür eine Summe von 500 Milliarden Euro an.⁴⁴ Zu Recht wird in der Debatte mit dem Begriff «Generationengerechtigkeit» argumentiert, der die neoliberale Deutung umdreht: Öffentliche Nettoinvestitionen sollen über Nettoneuverschuldungen finanziert werden, weil sie den Kapitalstock erhöhen – auch durch die höhere Stimulierung privater Investitionen.⁴⁵

Jetzt, angesichts der Pandemie, stellen sich all diese Fragen mit neuer Dringlichkeit. Das arbeitgebernahe IW etwa plädiert dafür, dass die Fristen zur Rückzahlung

⁴² Diese jährlich 45 Milliarden Euro sind übrigens der Betrag, den der Fiskus aufgrund der (v. a. auch rot-grünen) Steuerreformen seit den 2000er Jahren pro Jahr verloren hat. ⁴³ Bardt, Hubertus u. a.: Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen! IMK-Report 152, Düsseldorf 2019. ⁴⁴ Deutscher Gewerkschaftsbund: Von schwarzer Null auf 100 % Zukunft. Deutschland braucht ein Investitionsprogramm, Berlin 2020. ⁴⁵ Bei einem – über mehrere Jahre gestreckten – kreditfinanzierten Investitionsprogramm von 460 Milliarden Euro lägen das BIP längerfristig um drei bis vier Prozent und die Unternehmensinvestitionen um vier bis fünf Prozent höher als ohne solch ein Programm. Es hätte sich selbst nach der konservativsten Modellrechnung nach 30 Jahren selbst finanziert. Siehe Dullien, Sebastian u. a.: Makroökonomische Auswirkungen eines kreditfinanzierten Investitionsprogramms in Deutschland, IMK-Report, Düsseldorf 2021. Zur Wirkung kreditfinanzierter Infrastrukturprogramme auf inklusives Wachstum, also zur Reduzierung von Armut und für mehr Teilhabe, siehe Krebs, Tom/Scheffel, Martin: Öffentliche Investitionen und inklusives Wachstum in Deutschland, Gütersloh 2017.

der pandemiebedingten Neuverschuldung von 20 auf 40 Jahre gestreckt werden und sich die Bundesländer künftig in Höhe von 0,15 Prozent des BIP verschulden dürfen.⁴⁶ Mit diesen größeren Spielräumen soll die Schuldenbremse an sich unangetastet bleiben und lediglich das von der Bremse vorgegebene Neuverschuldungslimit besser ausgeschöpft werden. Das geschieht zum Teil aus politischen Opportunitätserwägungen, weil man im IW die notwendige Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat zur Abschaffung der Schuldenbremse für unrealistisch hält. Diese Pläne zu einer verfassungskonformen Überarbeitung *light* der Schuldenbremse funktionieren allerdings nicht ohne die Auslagerung der Finanzierung notwendiger öffentlicher Investitionen in ein rechtlich selbstständiges Sondervermögen von 450 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren, das nicht unter die Regeln der Schuldenbremse fällt.⁴⁷ Denn selbst bei einer Defizitgrenze von 0,5 Prozent des BIP insgesamt wäre – berechnet auf das Vorkrisen-BIP von 2019 – nur eine strukturelle Neuverschuldung von etwas unter 17 Milliarden jährlich möglich. Weit entfernt also von den 45 Milliarden Euro jährlich. Auch Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet ließ vor einiger Zeit Sympathien für einen ausgelagerten Deutschlandfonds erkennen, allerdings unter Beteiligung des privaten Sektors durch die Ausgabe von Anleihen.⁴⁸ Das wirft Fragen danach auf, ob und mit welchen unrealistischen Renditeversprechen private Kapitalgeber*innen zum Schaden der öffentlichen Hand gelockt und ob nicht vor allem überteuerte öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) gefördert werden sollen.

Aufseiten der amtierenden Regierung bzw. im Unionslager ist die Gemengelage zum Thema Schuldenbremse und Investitionspolitik widersprüchlich. Kanzleramtsminister Helge Braun hatte im Januar als Erster prominent eine längerfristige Aussetzung der Schuldenbremse ins Spiel gebracht, Armin Laschet hielt dagegen und spricht sich weiterhin gegen eine Grundgesetzänderung zur Abschaffung der Schuldenbremse aus. Gleichzeitig thematisierte er Umgehungsstrukturen wie den erwähnten Deutschlandfonds, der allerdings keinen Eingang in das Wahlprogramm gefunden hat und auch von Laschet derzeit nicht mehr erwähnt wird, nachdem unter anderem Haushaltspolitiker der Union massiv gegen diesen Weg opponierten.⁴⁹ Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier stellte wiederum in Aussicht, dass die Schuldenbremse vielleicht doch noch nicht 2023 (wie von SPD-Finanzminister Olaf Scholz geplant), sondern erst 2024 wieder eingehalten werden könne. Einen Impuls aus dem Unionslager für eine tatsächliche Reform oder gar Abschaffung des Regelwerks ist bisher nicht zu erkennen. Die Si-

⁴⁶ Dann erst reizen sie das Verschuldungslimit aus, dass der europäischen Fiskalpakkt mit 0,5 Prozent des BIP für Bund und Länder insgesamt erlaubt. Daran sieht man, wie rigide die institutionelle Züchtigung in Sachen neoliberaler Finanzpolitik in Deutschland bisher ausfiel. Siehe ausführlicher auch Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2020, S. 178–180. ⁴⁷ Beznoska, Martin/Hentze, Tobias/Hüther, Michael: Institut der Deutschen Wirtschaft: Zum Umgang mit den Coronaschulden. Simulationsrechnungen zur Schuldenstandsquote, Policy-Paper 7/2021, Köln, unter: www.ivkkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy_Paper_2021-Corona-Schulden.pdf. ⁴⁸ Laschet löst sich von der Schuldenregel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.5.2021, unter: <https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2021-05-04/c8b39868578d1ac8898cf-c9d02614cdc/?GEPc=s3>. ⁴⁹ Hildebrand, Jan/Greive, Martin: Laute Ankündigung, leises Ende: Laschet hat seinen «Deutschlandsfonds» offenbar beerdigt, in: Handelsblatt, 30.6.2021, unter: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/cdu-wahlprogramm-laute-ankuendigung-leises-ende-laschet-hat-seinen-deutschlandsfonds-offenbar-beerdigt/27374554.html.

ES IST ZU VERMUTEN, DASS SICH KAPITAL- UND ARBEITGEBERFRAKTIONEN IN DEN NÄCHSTEN MONATEN VERSTÄRKT FÜR EINE LANGFRISTIGE DECKELUNG DER SOZIALABGABEN BEI 40 PROZENT EINSETZEN. DAMIT [...] DROHEN SOZIALKÜRZUNGEN, WENN SICH AUFGRUND DIESER POLITISCHEN WEICHENSTELLUNG DIE KASSEN DER SOZIALVERSICHERUNGEN LEEREN.

tuation spricht eher dafür, dass man sich durchwurschteln will, bis die Schuldenbremse aus Sicht der Union wieder vollständig greifen kann. Das kann bedeuten, dass man sie noch länger unter Berufung auf die Corona-Notlage mit einfacher Bundestagsmehrheit aussetzen will⁵⁰ – oder dass sich nach der Bundestagswahl doch der Weg von schuldenbremsenkonformen Extrahaushalten durchsetzt. Ob die Union auf solche Umgehungskonstruktionen tatsächlich einschwenkt, ist ungewiss. Es darf nicht unterschätzt werden, dass die Schuldenbremse zum fetischisierten Markenkern der Union gehört, den man, ohne Schaden zu nehmen, kaum aufgeben kann. Auch die Einbindung des Merz-Lagers bzw. potenziell AfD-naher Wählerschichten spricht dafür, dass eine Reform, Umgehung oder Abschaffung der Schuldenbremse im Lager von CDU/CSU kein Selbstläufer ist. Zumal es genug Fraktionen unter Arbeitgeber*innen, Politiker*innen, Ökonom*innen oder Banker*innen gibt, die sich den Kampf um den Erhalt des Regelwerks prominent auf die Fahnen geschrieben haben.⁵¹

Während es aber mit Blick auf Schuldenbremse und öffentliche Investitionen zumindest vorsichtige Bewegungen gibt, verlaufen die Gräben beim Thema Steuererhöhungen für Reiche wie gewohnt: In großer Einigkeit sprechen sich Player wie etwa das IW, das ifo-Institut, aber auch das DIW sowie Arbeitgebervertreter*innen, Union und FDP allgemein gegen Steuererhöhungen aus – gemeint sind damit Steuererhöhungen für Vermögende und Unternehmer*innen. Solche Maßnahmen würden den wirtschaftlichen Aufschwung abwürgen. Die FPD plädiert vielmehr für erhebliche Steuersenkungen. Die

⁵⁰ Dafür plädiert auch ifo-Chef Clemens Fuest. Er hält dieses Vorgehen mit den Regularien der Schuldenbremse für vereinbar, bis sich die Wirtschaft hinreichend von der Corona-Krise erholt habe. Fuest, Clemens: Warum die Kritiker der Schuldenbremse Unrecht haben, ifo-Institut, 12.3.2021, unter: www.ifo.de/node/62140. Ausschlaggebend dafür ist vor allem, dass sich die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren weiterhin niedriger entwickeln werden als vor der Krise prognostiziert. ⁵¹ Zuletzt etwa Peer Steinbrück, Edmund Stoiber und weitere in einem eindrucksvollen Stück neoliberaler Ideologieproduktion: Stoiber und Steinbrück fordern Rückkehr zur Schuldenbremse, in: Süddeutsche Zeitung, 11.5.2021, unter: www.sueddeutsche.de/wirtschaft/schuldenbremse-kanzlerkandidaten-inflation-f-1.5291355; ebenso die Bundesbank: Öffentliche Finanzen, Monatsbericht Mai 2021, unter: www.bundesbank.de/resource/blob/866780/4cb-2210d61e62b826b94d594103302fe/mL/2021-05-oeffentliche-finanzen-data.pdf.

Partei will die Steuern für Unternehmen in den nächsten fünf Jahren um 60 Milliarden Euro pro Jahr senken.⁵² Auch die bisher konkreter bekannt gewordenen Konzepte der Union für Steuererleichterungen (komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags, niedrigere Unternehmenssteuern) würden Mindereinnahmen von rund 50 Milliarden Euro pro Jahr nach sich ziehen und vor allem den Besser- und Hochverdienenden zugutekommen.⁵³

Auch Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), im Übrigen ein Verfechter der raschen Wiedereinhaltung der Schuldenbremse, ist wenig zimperlich: Er trommelt mit den ewig gleichen Argumenten bereits für Steuererleichterungen und niedrigere Sozialabgaben für die Unternehmen, um so – vermeintlich – die Wirtschaft anzukurbeln.⁵⁴ Eine immer wiederkehrende Behauptung, die das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung aktuell in einer ausführlichen Metastudie widerlegt.⁵⁵ Auch Reiner Holzengel, Präsident des Bunds der Steuerzahler, sieht nicht die Schuldenbremse als Grund für zu niedrige Investitionen, sondern angeblich zu hohe Steuern und Abgaben. Damit spricht er vermutlich einem großen Teil des Mittelstands und der Familienunternehmer*innen aus dem Herzen.

Dulgers Forderung nach Begrenzung der Sozialabgaben bekommt vor dem Hintergrund der erwähnten, in der Krise erlassenen Sozialgarantie 2021 eine interessante Note. Es ist zu vermuten, dass sich Kapital- und Arbeitgeberfraktionen in den nächs-

52 Geinitz, Christian: FDP plant massive Steuersenkungen für die Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.5.2021, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fdp-chef-lindner-plant-steuersenkungen-fuer-die-wirtschaft-17333555.html. 53 Stefan Bach auf Twitter, 19.6.2021, unter: <https://twitter.com/SBachTax/status/1406149617910267905>. 54 «Die Begrenzung von Steuern und Sozialabgaben ist unverzichtbar, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann und Arbeitsplätze von morgen gesichert werden können.» Dulger fordert zudem eine «Entfesselungsoffensive» in den Betrieben. Dulger, Rainer: Wirtschaft steht für Dialog zu einem Zukunftsplan bereit, 23.4.2021, unter: <https://arbeitgeber.de/wirtschaft-steht-fuer-dialog-zu-einem-zukunftsplan-bereit/>. 55 Gechert, Sebastian/Heimberger, Philip: Do corporate tax cuts boost economic growth? Working Paper, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2021.

ten Monaten verstärkt für eine langfristige Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent einsetzen werden.⁵⁶ Damit droht die Einführung einer Sozialabgabenbremse, als quasi kleiner Bruder der derzeit umstrittenen Schuldenbremse, und letztlich drohen Sozialkürzungen, wenn sich aufgrund dieser politischen Weichenstellung die Kassen der Sozialversicherungen leeren. Noch-Wirtschaftsminister Peter Altmaier plädiert bereits für die Verlängerung der Sozialgarantie bis Ende 2022, damit eine neue Bundesregierung später entscheiden könne, wie sie mit dem Thema umgehen will. Auch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Anja Hajduk, ließ für die Idee einer verstetigten Sozialgarantie Sympathien erkennen.⁵⁷

Der Kampf um die Begrenzung der Sozialabgaben wird sich dabei verstärkt auf dem Feld der Rentenpolitik abspielen. Vorschläge etwa für ein höheres Renteneintrittsalter werden schon mit den Pandemiefolgen, aber auch mit dem vermehrten Renteneintritt der Babyboomer ab 2025, also dem demografischen Wandel und dem als gesetzt gegebenen Absinken des Produktionspotenzials aktualisiert.⁵⁸ Auch trommelten selbst ernannte Rentenexpert*innen und Arbeitgeber*innen bald nach Beginn der Pandemie für die Kürzung der aktuellen Rentenerhöhungen und eine anhaltende Dämpfung des Rentenanstiegs.⁵⁹ Dass die Angriffe auf dem Feld der Rentenpolitik stattfinden, liegt nicht nur an den längerfristigen Herausforderungen unter anderem des demografischen Wandels und der wilden Entschlossenheit der Arbeitgeber*innen, die Lohnnebenkosten nicht steigen zu lassen, sondern auch daran, dass

auf anderen Feldern derzeit nicht viel zu machen ist, wenn es um politische Sparvorhaben geht. Die Pandemie hat gezeigt, dass die gut gefüllten und jetzt erst einmal geschröpften Kassen der gesetzlichen Arbeitslosen- und Krankenversicherung und ihre Leistungen ein wichtiger Puffer zur schnellen und unkomplizierten Abfederung der Krise waren, der jetzt weitgehend aufgebraucht ist. Zudem sind die steigenden Bedarfe in beiden Kassen sowie auch in der Pflegeversicherung aufgrund der dortigen Reformen offensichtlich. Auch der in der Pandemie breiter diskutierte Personal-mangel bzw. der notwendige Ausbau und die bessere Bezahlung in der Pflege führen dazu, dass auf den erwähnten Feldern für offensive Kürzungsvorschläge aktuell kaum etwas zu holen wäre. Allerdings zeigt die mittelfristige Finanzlage der Kassen, dass ohne ein Gegensteuern die Spielräume eng werden und deswegen auch hier Spardiskussionen absehbar ins Haus stehen.

⁵⁶ So auch schon Hans Peter Wolfseifer, Präsident des Zentralverband des Deutschen Handwerks: «Der Sozialstaat ist dringend renovierungsbedürftig», Handwerksblatt, Mai 2021, unter: www.handwerksblatt.de/politik/der-sozialstaat-ist-dringend-renovierungsbeduerftig. ⁵⁷ Hajduk, Anja: Schuldenbremse, Rede im Bundestag, 11.2.2021, unter: www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/schuldenbremse. ⁵⁸ Siehe u. a. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremsst Wachstum. Gemeinschaftsdiagnose 1/2021 für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, S. 12, unter: https://gemeinschaftsdiagnose.de/wp-content/uploads/2021/04/GDF2021_Druckfahne_Gesamtdokument_V2.2.pdf; ähnlich auch Feld, Lars P.: Rekordschulden in der Coronakrise – kann sich der deutsche Staat das leisten?, ifo-Schnelldienst 8/2020, unter: www.ifo.de/DocDL/sd-2020-08-corona-folgen-staatsverschuldung.pdf. ⁵⁹ Siehe Deutscher Gewerkschaftsbund: Corona und Rente – Panikmache unangebracht, 24.6.2020, unter: www.dgb.de/themen/+++co++cd05b97e-b60c-11ea-87d5-525400e5a74a. Für Reformen zur Stärkung des gesetzlichen Rentensystems siehe Birkwald, Matthias W./Riexinger, Bernd: Die gesetzliche Rente stärken und eine solidarische Mindestrente einführen. Das Konzept von Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE., in: Sozialismus 2/2017, Supplement. Ebenso Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2021. Corona – Lernen aus der Krise! Alternativen zur Wirtschaftspolitik, Köln 2021, S. 143–208.

3.2 POSITIONSBESTIMMUNGEN IM LAGER MITTE-LINKS

Und wie sieht es bei den Themen Schuldenbremse, Investitionen und Rückverteilung im Lager Mitte-Links aus? Es gibt etliche Berührungspunkte, die optimistisch stimmen, was eine grundsätzliche Zusammenarbeit für Veränderungen angeht. Andererseits bringt das Wahljahr mit sich, dass die Parteien auf maximale Unterscheidbarkeit und eigene Profilbildung abheben. Im Folgenden ein Blick auf ausgewählte steuer- und finanzpolitische Vorhaben.

Die SPD spricht zwar allgemein davon, Vermögende und hohe Einkommen stärker zu besteuern, bleibt aber bei Details dazu in ihrem Wahlprogramm maximal vage.⁶⁰ Bei der Einkommensteuer sollen kleine und mittlere Einkommen besser gestellt und die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Präzise Aussagen zu den künftigen Steuersätzen fehlen, die Partei stellt nur fest, dass sie an einem um drei Prozentpunkte höheren Aufschlag für besonders hohe Einkommen festhält (aktuell: 45 Prozent), der für Alleinstehende⁶¹ bei 250.000 Euro zu versteuerndem Einkommen greifen soll (statt derzeit bei rund 274.000 Euro). Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Managergehältern will die SPD auf das 15-Fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten aus dem jeweiligen Betrieb begrenzen.

Die Sozialdemokraten sprechen sich zudem für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem «maßvollen, einheit-

lichen» Steuersatz von einem Prozent ab zwei Millionen Euro für Alleinstehende aus und erwarten sich davon – laut älteren Berechnungen aus dem Jahr 2019 – Einnahmen in Höhe von jährlich rund zehn Milliarden Euro. Kein besonders großer Wurf also. Zur Höhe der Freibeträge für Betriebsvermögen gibt es keine konkreten Angaben, aber die Aussage: «Die Grundlage von Betrieben wird bei der Vermögensteuer verschont.»⁶²

Auch bei der Erbschaftsteuer sieht die SPD Reformbedarf und plädiert unter anderem für eine «effektive Mindestbesteuerung» sowie für eine Mindestbesteuerung bei vermögenshaltenden Familienstiftungen. Sie spricht sich zudem für eine Finanztransaktionssteuer sowie für eine «faire Besteuerung» von Digitalunternehmen wie Amazon und Co. und generell für eine globale Mindestbesteuerung von Unternehmen aus. Auch bei diesen Punkten sucht man allerdings vergeblich nach weiteren Details. Keinen Eingang in das Wahlprogramm hat die Forderung nach einer einmaligen Vermögensabgabe gefunden, für die sich zumindest die SPD-Vorsitzende Saskia Esken deutlich ausgesprochen hatte.

Wenig Neues gibt es beim Thema Schuldenbremse. Statt sich für eine Reform oder Abschaffung der Regelung starkzumachen, betont die Partei nur, dass sie für nötige Investitionen «die verfassungs-

⁶⁰ Ich beschränke mich bei allen Akteuren auf die wichtigsten Vorschläge aus dem Feld. Zur SPD siehe ausführlich: Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD, Berlin 2021, unter: www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf. ⁶¹ Für Paare sind die Werte in allen Konzepten immer zu verdoppeln. ⁶² Ebd., S. 23.

rechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme»⁶³ nutzen werde. Das kann bedeuten, dass man den vor der Krise nicht ausgeschöpften Rahmen für Neuverschuldung komplett verwenden will – oder dass man auch auf den Weg rechtlich eigenständiger Sondervermögen setzt. Dafür könnte sprechen, dass die Sozialdemokraten die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu einer «Investitionsagentur» weiterentwickeln wollen.

Die Grünen sorgen in ihrem Wahlprogramm zumindest an manchen Stellen für etwas mehr Klarheit.⁶⁴ Sie wollen kleine und mittlere Einkommen durch einen höheren Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer entlasten und «den Spitzensteuersatz moderat anheben». Künftig sollen 45 Prozent ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende fällig werden, ab 250.000 soll ein Spitzensteuersatz von 48 Prozent greifen (aktuell gilt: Ab knapp 58.000 Euro zu versteuerndes Einkommen wird mit 42 Prozent besteuert, ab rund 274.500 Euro sind es 45 Prozent). Hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro will man nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zulassen. Alle Einkommensarten, also auch Kapitaleinkünfte, sollen wieder progressiv besteuert, die Abgeltungsteuer von derzeit pauschal 25 Prozent abgeschafft werden. Mit Blick auf die Unternehmenssteuern wollen die Grünen europaweit einen Mindeststeuersatz von – mittelfristig – 25 Prozent «ohne Ausnahmen» einführen.

Zur Bekämpfung der Ungleichheit will die Partei hohe Vermögen wieder besteuern und lässt sich dafür gewisse Spielräu-

me offen: «Dafür gibt es verschiedene Instrumente. Die Einführung einer neuen Vermögensteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument.»⁶⁵ Die Grünen wollen einen Steuersatz von jährlich einem Prozent auf Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro pro Person. Zur Höhe der Freigrenzen für Betriebsvermögen machen sie keine konkrete Angabe. Eindeutige Vorschläge für Reformen etwa bei der Erbschaftsteuer oder der Gewerbesteuer tauchen im Wahlprogramm nicht auf, allenfalls der Hinweis, dass die Kommunen mittelfristig eine höhere Grundfinanzierung benötigen. Die Partei plädiert für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage, ohne weitere Details zu nennen. Robert Habeck und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann haben mit Blick auf all diese Steuerpläne deutlich gemacht, dass sie erst umgesetzt werden sollen, wenn die wirtschaftliche Erholung wieder stabil sei.⁶⁶

Die Schuldenbremse wollen die Grünen nicht abschaffen, sondern um eine goldene Regel ergänzen, die eine begrenzte Kreditaufnahme für Investitionen erlaubt, die neues öffentliches Vermögen schaffen. Konsumtive Ausgaben sollen ausdrücklich nicht darunter fallen und weiterhin den strikten Regelungen der Schuldenbremse unterliegen. Für den klimagerechten

63 Ebd., S. 22. 64 Bündnis 90/Die Grünen: Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, Berlin 2021, unter: https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf. 65 Ebd., S. 92. 66 Hoffmann, Reiner/Habeck, Robert: Die Linke droht sich im Widerspruch zu verheddern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.1.2021, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/habeck-dgb-chef-linke-droht-sich-im-widerspruch-zu-verheddern-17130455.html; ähnlich argumentiert auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Umbau der Wirtschaft wollen die Grünen jährlich 50 Milliarden Euro zusätzlich investieren, das wären rund 1,5 Prozent des Vorkrisen-BIP von 2019. Damit gerät das Vorhaben in Konflikt mit den europäischen Fiskalregeln. Das wirft die Frage auf, wie die Grünen die europäischen Vorgaben reformieren wollen. Es heißt dazu allgemein: «Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu hoher Kürzungs- und Privatisierungsdruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen Mitgliedsländern weiter erhöht werden können.»⁶⁷ Die Partei will zudem, dass die EU ein Instrument für eine «dauerhafte, eigene Fiskalpolitik erhält», deren Einsatz im Krisenfall nicht durch einzelne Länder blockiert werden kann. Der Europäische Stabilitätsmechanismus soll zu einem europäischen Währungsfonds umgebaut werden, der nicht konditionierte, kurzfristige Kreditlinien für einzelne Länder vergibt.

DIE LINKE will laut Wahlprogramm ebenfalls eine Reform der Einkommensteuer, die niedrige und mittlere Einkommen durch einen höheren Grundfreibetrag sowie einer Abflachung des Steuerverlaufs entlastet.⁶⁸ So sollen Alleinstehende bis zu einer Grenze von 6.500 Euro brutto monatlich entlastet werden. Im Gegenzug soll der Spitzensteuersatz pro Person ab 70.000 Euro zu versteuerndes Einkommen auf 53 Prozent steigen, knapp über 260.000 Euro auf 60 Prozent und über eine Million Euro auf 75 Prozent. Managergehälter über 500.000 Euro pro Jahr sollen nicht mehr von den Betriebsausgaben abgezogen werden. Die Abgeltungsteuer soll abge-

schaftt und Einkommen aus Kapitalerträgen wieder progressiv besteuert werden.

Die Partei will zudem die Vermögensteuer wieder erheben. Als Freigrenzen gelten eine Million Euro pro Person bzw. fünf Millionen für Betriebsvermögen. Der Eingangsteuersatz soll bei einem Prozent liegen und bis zu einem Nettovermögen von 50 Millionen Euro stetig ansteigen. Ab 50 Millionen Euro greift der Höchststeuersatz von fünf Prozent.⁶⁹ Geschätzte Einnahmen: rund 58 Milliarden Euro jährlich.⁷⁰

Zudem soll die Erbschaftsteuer erhöht und Privilegien für Betriebsvermögen abgeschafft werden, erwartete Mehreinnahmen: acht bis zehn Milliarden Euro. Die Körperschaftsteuer für Unternehmen in Deutschland soll wieder 25 Prozent betragen und es sollen europaweite Mindeststeuersätze für Konzerne durchgesetzt werden. Außerordentliche Gewinne, die von Unternehmen wie Amazon im Laufe der Corona-Krise erzielt wurden, sollen mit einer Übergewinnsteuer (einer sogenannten Excess Profit Tax) abgeschöpft werden.

67 Bündnis 90/Die Grünen: Deutschland. Alles ist drin, S. 88. Jan Prieue kritisiert zum einen die Leerstellen im Programm der Grünen mit Blick auf Reformen der europäischen Fiskalregeln, zudem den zu eng gefassten Investitionsbegriff, wonach die Grünen nur Nettoneuinvestitionen per Kredit finanzieren wollen. Aufgrund des Rückbaus auch bei den Ersatzinvestitionen wäre es jedoch sinnvoll – und finanziell für den Staat günstiger –, auch diese Investitionen per Kredit zu realisieren. Prieue: Die Grünen und die Schuldenbremse. 68 DIE LINKE: Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm 2021, Berlin 2021, unter: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/. 69 Ebd. 70 Siehe auch Trochowski, Daniela u. a.: Vermögen besteuern, Demokratie schützen, in: neues deutschland, 16.12.2020, unter: www.nd-aktuell.de/artikel/1145865.vermoegensteuer-vermoegen-besteuern-demokratie-schuetzen.html; Ötsch, Rainald/Troost, Axel: Reichtum rückverteilen. Plädoyer für die Wiedererhebung der Vermögensteuer mit progressivem Tarif, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Papers, Berlin 2020.

Die Partei will zudem eine umfassende Finanztransaktionssteuer einführen, mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent auf jede Finanztransaktion.

Als einzige der erwähnten Parteien fordert DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Corona-Krise. Sie soll ab einem Eigentum von zwei Millionen Euro pro Person und über fünf Millionen Euro bei Betriebsvermögen greifen. Die Steuersätze sind progressiv von 10 bis 30 Prozent gestaffelt und die Abgabe kann über 20 Jahre in Raten gezahlt werden. Erwartetes Aufkommen: 310 Milliarden Euro über 20 Jahre gestreckt.⁷¹

Die Partei will die Kommunen finanziell deutlich stärken, indem die Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittsteuer umgebaut wird. Dafür soll die Bemessungsgrundlage auf Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren ausgeweitet werden und gut verdienende Selbstständige und Freiberufler*innen sollen in die Steuerpflicht einbezogen werden. Im Gegenzug sollen der Freibetrag auf 30.000 Euro angehoben und die ermittelte Steuerlast bei der Einkommensteuer berücksichtigt werden. Auch die Grunderwerbsteuer soll gerechter ausgestaltet werden und mehr Einnahmen bringen, indem sogenannte *share deals* großer Immobilienkonzerne deutlich erschwert werden.

Die Schuldenbremse soll als volkswirtschaftlich unsinnig abgeschafft werden. Investitionen sollen per Kredit (an anderer Stelle als «goldene Regel» präzisiert)⁷² bzw. im Fall von konsumtiven Ausgaben über die Einnahmen aus der Vermögenssteuer

finanziert werden. Solange die Schuldenbremse mit entsprechenden Tilgungsverpflichtungen existiert, soll der Tilgungszeitraum auf 50 Jahre gestreckt werden. Die Partei kritisiert den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt deutlich und will stattdessen eine Investitionsoffensive «ohne Handbremse» ermöglichen.⁷³ Dazu sollen auch die Defizit- und Schuldenregeln angepasst werden. Das ist auch dringend notwendig, da in Deutschland Mittel in Höhe von rund 3,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung investiert werden sollen.

Insgesamt will DIE LINKE für den sozial-ökologischen Umbau jährlich 120 Milliarden Euro in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur investieren, dabei erheblich mehr auch in Personal.⁷⁴ Die Ausgaben für die Investitionsoffensive sollen mindestens zur Hälfte aus höheren Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen refinanziert werden, da durch den sozial-ökologischen Wandel rund eine Million neuer Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (30 Stunden pro Woche) entstehen sollen.⁷⁵

Die Pläne für ein Investitionsprogramm unterscheiden sich von der Höhe her deutlich von denen anderer Parteien oder auch von den Vorstellungen der Gewerkschaften, sie stehen für einen ambitionierte-

71 Bach, Stefan: Vermögensabgabe DIE LINKE. Aufkommen und Verteilungswirkungen, DIW Berlin, 30.10.2020, unter: www.fabio-de-masi.de/kontext/controllers/document.php/465.a/8/afaa11.pdf. 72 Antrag der Linksfraktion im Bundestag: Investitionsstau beenden – Schuldenbremse aus Grundgesetz streichen, 23.10.2019, unter: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/144/1914424.pdf>. 73 Auf europäischer Ebene plädiert die LINKE für Investitions- und Ausgabenprogramm in Höhe von ein bis zwei Billionen Euro. DIE LINKE: Zeit zu handeln, S. 148. 74 Ebd., S. 58. 75 Ebd., S. 17.

ren Transformationsplan. Man sollte sich dazu in Erinnerung rufen, dass US-Präsident Joe Biden seit Beginn der Pandemie staatliche Finanzmittel in Höhe von insgesamt 5,3 Billionen US-Dollar (oder mehr als 25 Prozent des US-BIP von 2020) zur Abfederung der Corona-Krise mobilisiert hat und kürzlich mit einem Infrastrukturprogramm in einem Umfang von ursprünglich 2,3 Billionen US-Dollar angetreten ist, um die US-Wirtschaft umzubauen, Arbeitsplätze zu schaffen und erklärtermaßen auch die Ungleichheit zu bekämpfen.⁷⁶ Die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der «Bidenomics» werden bereits als Paradigmenwechsel (kontrovers) diskutiert.⁷⁷ Zum Infrastrukturprogramm gehört etwa auch der Ausbau öffentlicher Schulen, des Wohnungswesens oder des Gesundheitssektors mit Investitionen in «menschliche Infrastruktur», wie es bei den Demokraten heißt, also in mehr Pflegepersonal mit höheren Löhnen. Zur Finanzierung setzt die Regierung Biden auf Kredite, zudem sollten ursprünglich die Unternehmenssteuern von 21 auf 28 Prozent erhöht werden. Vor der Amtszeit von Trump lagen sie bei 35 Prozent.⁷⁸

Bei den Gewerkschaften streitet unter anderem der DGB für umfangreiche Steuererformen.⁷⁹ Dadurch sollen 95 Prozent der Steuerpflichtigen um circa 30 Milliarden Euro im Jahr entlastet werden und die öffentliche Hand zugleich rund 60 Milliarden Euro mehr einnehmen. Im Zentrum des Steuerkonzepts steht eine Reform der Einkommensteuer mit höheren Grundfreibeträgen für niedrige und mittlere Einkommen sowie einem linear-progressiven Tarifverlauf bis zum Spitzensteu-

ersatz. Dieser soll von 42 auf 49 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 76.800 Euro (derzeit: 42 Prozent ab etwa 58.000 Euro) angehoben werden. Der Reichensteuersatz soll auf 53 Prozent heraufgesetzt und ab 130.000 Euro jährlich zu versteuerndes Einkommen greifen (statt derzeit 45 Prozent ab rund 274.000 Euro). Daneben fordert der DGB die Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent ab einer Million Euro, 1,5 Prozent ab 20 Millionen Euro, 1,75 Prozent ab 100 Millionen Euro und zwei Prozent ab einer Milliarde Euro. Der DGB rechnet dadurch mit Einnahmen von jährlich mehr als 25 Milliarden Euro, die den Ländern zustünden. Dadurch, dass hohe Betriebsvermögen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer nicht mehr verschont bleiben sollen, könnten jährlich weitere rund sieben Milliarden Euro dazukommen.

Der DGB setzt sich zudem für eine Gemeindegewerbesteuer als Weiterentwicklung der kommunalen Gewerbesteuer unter Einbeziehung der freien Berufe mit hö-

⁷⁶ Becker, Sebastian: The return of big government spending: Will this time be really different?, Focus Germany, 21.6.2021, unter: https://www.dbresearch.com/MAIL/RPS_EN-PROD/PROD000000000518881.pdf?. Laut dbresearch könnte sich (Stand: Juni 2021) die gesamte Summe der staatlichen Ausgaben am Ende auf rund neun Billionen US-Dollar oder 40 Prozent des US-BIP von 2020 belaufen. ⁷⁷ Smith, Noah: Bidenomics: Ein neues Paradigma für eine neue Zeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2021, S. 57–64, unter: www.blaetter.de/ausgabe/2021/mai/bidenomics-ein-neues-paradigma-fuer-eine-neue-zeit; kritischer vor allem zur klimapolitischen Wende der Bidenomics siehe Tooze, Adam: America's race to net zero. Does Joe Biden's climate plan go far enough?, New-Statesman, 21.4.2021, unter: www.newstatesman.com/world/north-america/2021/04/america-s-race-net-zero. ⁷⁸ Infrastrukturprogramm und Steuerpolitik werden zurzeit (Stand: Sommer 2021) mit den Republikanern verhandelt und sind bereits deutlich abgespeckt. ⁷⁹ Siehe ausführlich DGB: Steuerpolitisches Gesamtkonzept, Berlin 2021, unter: www.dgb.de/dgb-steuerkonzept/+ +co +5+eaaf080-a10b-11eb-ba06-001a4a160123.

heren Freibeträgen – wie bei der LINKEN 30.000 Euro – einer breiteren Bemessungsgrundlage ein. Ebenso ist er für eine effektivere Körperschaftsteuer mit unter anderem einem mittelfristigen auf 25 Prozent erhöhten Steuersatz, der als internationaler Mindeststeuersatz mit einheitlicher Bemessungsgrundlage gilt. Unverzüglich eingeführt werden soll eine Finanztransaktionssteuer mit einem einheitlichen Steuersatz von 0,1 Prozent «auf den Marktwert der Wertpapiere und auf den tatsächlichen wirtschaftlichen Wert der Finanzderivate».⁸⁰

Der DGB fordert zudem, wie die erwähnten Parteien, eine schlagkräftigere Politik der Steuereintreibung durch mehr Personal und das Schließen von Steuerschlupflöchern. Dies soll, zusammen mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer, jährlich zusätzliche 25 Milliarden Euro in die Kassen spülen. Doch der Ausbau einer effizienten Politik der Steuererhebung und -eintreibung braucht Zeit. Mit Einnahmen in dieser Höhe wäre allenfalls mittelfristig zu rechnen.

Was seine Haltung zur Schuldenbremse angeht, verfolgt der DGB einen dreistufigen Plan. Erste Präferenz ist die komplette Abschaffung der Schuldenbremse. Sollte das aufgrund der politisch notwendigen Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat nicht zu realisieren sein, plädiert er dafür, Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen. Sollte auch dies nicht umzusetzen sein, so sollen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, trotzdem ein Investitionsprogramm aufzusetzen, zum einen über Korrekturen an problema-

tischen Berechnungsmethoden der Schuldenbremse sowie durch das Ausnutzen rechtlich eigenständiger Sondervermögen, die nicht unter die Regeln der Schuldenbremse fallen.⁸¹ Kann das Regelwerk nicht abgeschafft werden, fordert der Gewerkschaftsbund die möglichst langfristige Tilgung der Corona-Schulden. Die Gewerkschaft ver.di, die sich prinzipiell das DGB-Steuerkonzept zu eigen macht, verdeutlicht außerdem: «Falls Schulden getilgt werden, sind die dazu notwendigen Finanzmittel durch eine zusätzliche Be-

**DIE LINKE ZIEHT MIT VIELEN
AUSSERPARLAMENTARISCHEN
AKTEUREN WEITGEHEND AN
EINEM STRANG, WENN ES UM
DIE FORDERUNG NACH
EFFEKTIVER UMVERTEILUNG UND
EINE ABSCHAFFUNG DER
SCHULDENBREMSE GEHT [...].**

⁸⁰ Ebd., S. 32. ⁸¹ Siehe ausführlich DGB: Von schwarzer Null auf 100 % Zukunft.

steuerung von Reichen und Profiteuren der Krise aufzubringen.»⁸²

Ein kurzer Blick noch auf andere Akteure. Auch der Sozialverband Deutschland (SovD) bezieht klare Position für eine Politik der Umverteilung und hält «erhebliche Änderungen im geltenden Steuerrecht [für] erforderlich», vor allem eine Wiedererhebung der Vermögensteuer und die Anhebung der Spitzensteuersätze. Der SovD plädiert angesichts der Kosten der Corona-Krise zudem für eine einmalige Vermögensabgabe und will ebenso eine europaweite Finanztransaktionssteuer.⁸³

Der Paritätische Gesamtverband und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben kürzlich zum ersten Mal gemeinsam eine «Zukunftsaagenda für die Vielen» veröffentlicht, in der sie notwendige Maßnahmen für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft skizzieren. Darin fordern sie angesichts steigender Staatsschulden und hoher Investitionsbedarfe die Wiedererhebung der Vermögensteuer, eine effektive Erbschaftsteuer sowie eine umfassende Finanztransaktionssteuer, aber ebenso – um den Ressourcenverbrauch zu drosseln – die Einführung einer Primärbaustoff- sowie einer Material-Input-Steuer. Mit deren Einnahmen soll dann auch ein sozialer Ausgleich finanziert werden.⁸⁴

Auch das Krisen- und Umverteilungsbündnis «Wer hat, der gibt» fordert unter anderem die Wiedereinführung einer effektiven Vermögensteuer «mit einem hohen Steuerersatz», eine effektivere Erbschaftsteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes

bei der Einkommensteuer für besonders hohe Einkommen sowie eine einmalige Vermögensabgabe zur Deckung der Kosten der Corona-Krise.⁸⁵ Unterzeichnet haben den Aufruf unter anderem Oxfam, attac sowie diverse Ortsgruppen von Fridays for Future. Einen ver.di-Aufruf für einen Ausbau des Sozialstaats, massive Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine höhere Besteuerung von Vermögenden und eine Abschaffung der Schuldenbremse haben neben zahlreichen Wissenschaftler*innen und Prominenten aus der Kultur auch Vorsitzende bzw. Präsidenten*innen vom BUND, Sozialverband VdK, von der Volkssolidarität, der Diakonie, Caritas, vom Bundesjugendring, von der AWO, dem Deutschen Mieterbund, den NaturFreunden, dem Paritätischen Gesamtverband sowie der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats unterzeichnet.⁸⁶

Der kurze Überblick zeigt: DIE LINKE zieht mit vielen außerparlamentarischen Akteuren weitgehend an einem Strang, wenn es um eine effektive Umverteilung und eine Abschaffung der Schuldenbremse geht, wie sie etwa DGB und ver.di prominent fordern.

⁸² Ver.di: Staatsschulden, Reichtumsverteilung, gerechte Steuerpolitik, o. J., unter: <https://wipo.verdi.de/++file++60a3a7c-68c65c1494a27ba1d/download/Finanz+%20und+%20Steuerpolitik.pptx>. ⁸³ Sozialverband Deutschland: Sozialpolitische Kernforderungen 2021, Berlin 2021, S. 5, unter: www.sovd.de/fileadmin/bundesverband/pdf/broschueren/wahlen/Bundestagswahl2021-sovd-kernforderungen.pdf. ⁸⁴ Der Paritätische Gesamtverband/Bund für Umwelt- und Naturschutz: Eine Agenda für die Vielen, Berlin 2021, unter: www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/bund/bundestagswahl/bund_zukunftsaagenda_fuer_die_vielen.pdf. ⁸⁵ Wer hat, der gibt: Offener Brief, #Reichtum umverteilen, o. J., unter: <https://werhatdergibt.org/offenerbrief/>. ⁸⁶ Ver.di: Deine Stimme zählt: Aufruf unterzeichnen, o. J., unter: <https://verdi-waehlt.verdi.de/++co++c2d5de46-b26b-11eb-9204-001a4a160129>.

Mit Blick auf SPD und Grüne, wobei ein Projekt Rot-Rot-Grün (r2g) laut Wahlumfragen derzeit utopisch erscheint, ist die Gemengelage schwieriger. Positiv ist, dass beide Parteien die Notwendigkeit einer höheren Besteuerung von Vermögen sowie von Reformen im Bereich der Einkommensteuer sehen. Die Vorstellungen zu künftigen Steuersätzen bei der Einkommensteuer liegen allerdings zwischen Grünen und LINKEN einigermaßen auseinander bzw. bleiben – bezogen auf die SPD – weitgehend unklar. Dennoch kann man davon ausgehen, dass es hier Potenzial zur Annäherung gäbe.

Grüne und SPD wiederum treffen sich in ihrer Forderung nach einem Prozent Besteuerung bei Vermögen ab zwei Millionen Euro im Sinne einer äußerst zahmen Vermögensbesteuerung, deren Erträge von geschätzt rund zehn Milliarden Euro jährlich *peanuts* sind im Vergleich zu den gesellschaftlichen Herausforderungen und dem extremen Maß an Ungleichheit, das hierzulande herrscht. Diese Zurückhaltung fällt noch einmal mehr ins Gewicht, als die Grünen das Thema einer effektiveren Erbschaftsteuer in ihrem Wahlprogramm faktisch ausklammern und die SPD zur konkreten Ausgestaltung einer solchen Reform, wie erwähnt, im Vagen bleibt bzw. bei ihren steuerpolitischen Vorhaben insgesamt auffällig defensiv klingt.

Bei einer Reform der Unternehmenssteuern, die einen Steuersatz von 25 Prozent vorsieht, würden sich LINKE und Grüne zumindest theoretisch treffen. Allerdings knüpfen die Grünen dieses Vorhaben an eine europaweite Einführung und sehen

die 25 Prozent als mittelfristiges Ziel – und die SPD (die mal wieder keine konkreten Zahlen nennt) spricht gar von einer global einzuführenden Mindestbesteuerung von Unternehmen. Das ist zwar ein löbliches Anliegen, das auch durch die jüngsten steuerpolitischen Vorstöße aus den USA Auftrieb erhalten hat.⁸⁷ Allerdings dient der Verweis auf die globale Ebene oft genug dazu, das Vorhaben ganz aufzugeben, wenn es damit nicht vorangeht, statt das 25-Prozent-Ziel dann auf nationaler Ebene zu realisieren. Siehe etwa das jahrelange Hickhack um die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.⁸⁸

Zudem zeigt die Orientierung eines Teils der Grünen auf eine mögliche Koalition mit der Union, dass die Grünen mit solch einem Partner vor allem das Interesse an mehr Investitionen zur Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland teilen, jedoch nicht das Anliegen der Umverteilung und damit höheren Steuern für Unternehmen und Vermögende. Hellhörig machte in diesem Zusammenhang ein gemeinsamer Beitrag von Reiner Hoffmann (DGB) und Robert Habeck (Die Grünen) im Januar in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, in dem beide behaupteten, auch die politische Linke drohe sich bei der Um-

⁸⁷ So hat sich die Regierung Biden zuerst für eine globale Mindeststeuer von 21 Prozent eingesetzt, den Steuersatz dann aber auf 15 Prozent reduziert. Das ist auch der Satz, auf den sich jüngst rund 130 Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geeinigt haben. Nach bisherigen Eckpunkten fallen darunter international tätige Unternehmen, die jährlich mehr als 750 Millionen Euro Umsatz verzeichnen. Um weitere Kriterien, vor allem zur Bemessungsgrundlage, wird derzeit gerungen. Das Abkommen soll frühestens im Oktober stehen. ⁸⁸ Siehe Ötsch, Rainald/Troost, Axel: Zerrieben und geschrumpft. Die Finanztransaktionssteuer. Aufstieg, Fall und Perspektiven einer guten Idee, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 62, Berlin 2020.

**LINKE MINDESTPROJEKTE LIEGEN WEITGEHEND AUF DER HAND:
DIE ABSCHAFFUNG DER SCHULDENBREMSE,
EINE VERMÖGENSSTEUER SOWIE EIN GENERELLES
UMSTEUERN IN DER FINANZPOLITIK DER KOMMUNEN [...].**

verteilungsfrage in einen Widerspruch zu verwickeln.⁸⁹ Man kann den Artikel wohlwollend so lesen, dass beide in der Tat ein schwieriges und in der Linken oft bemühtes Argumentationsmuster kritisieren, nämlich dass zur Bewältigung der Pandemiefolgen unbedingt Einnahmen über die Besteuerung der Vermögenden in diesem Land notwendig seien. Das aber ist Unsinn. Mittel für öffentliche Investitionen können und müssen vor allem über Kreditfinanzierung gehoben werden – und die Last aus den aufgelaufenen Corona-Schulden könnte, sofern die Schuldenbremse bestehen bleibt, über Jahrzehnte währende Tilgungsfristen beziehungsweise ewige Anleihen gemildert werden. Allerdings kann sich zu Recht der Verdacht aufdrängen, dass vor allem die Grünen vor dem Hintergrund ihrer zahmen und lückenhaften Vorschläge zur Vermögensbesteuerung und eines möglichen schwarzen Koalitionspartners schon den Punkt im Wahlprogramm identifiziert haben, den sie am ehesten absägen, wenn es darum geht, Kompromisse mit der Union zu finden.

Absehbar schwierig wird es beim Thema Umgang mit der Schuldenbremse. Sowohl

SPD als auch Grüne stellen sich bisher gegen eine Abschaffung des Regelwerks. Zu tief sitzen bedauerlicherweise in beiden Parteien die jahrelang gepredigten ideologischen Versatzstücke vom angeblich hemmungslosen Schuldenmachen oder von der vermeintlichen Generationengerechtigkeit, die durch zu viele Schulden bedroht sei. Zudem ist die Schwierigkeit nicht von der Hand zu weisen, dass es in Bundestag und Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung der Schuldenbremse bräuchte. Die aber liegt in weiter Ferne. So wird es bei aller Richtigkeit der Forderung der LINKEN und der gesellschaftlichen Linken nach bedingungsloser Abschaffung der Bremse auch darum gehen, sich mit möglichen Kompromisslinien wie etwa der Einführung von Extrahaushalten auseinanderzusetzen. Diese erschei-

⁸⁹ «Bei der Frage, wie mit den coronabedingten Krediten umzugehen ist, droht sich allerdings auch die politische Linke in einem Widerspruch zu verheddern. Wenn sie vorschlägt, dass die Kredite durch neue Steuern oder Abgaben – einen neuen Soli, eine Vermögensabgabe – getilgt werden sollen, argumentiert sie implizit, dass Kreditaufnahmen ein Problem seien. Sicherlich braucht Deutschland ein gerechteres Steuersystem. Aber nicht in erster Linie, um Investitionen zu finanzieren oder Corona zu überwinden, sondern um die beschriebene dritte große Aufgabe zu bewältigen: das Problem der Ungerechtigkeit in Deutschland anzugehen. Dies hat einen Grund für sich und in sich.» Hoffmann/Habeck: Die Linke droht sich im Widerspruch zu verheddern.

nen aber allenfalls akzeptabel, wenn durch Reformen am Regelwerk Investitionen in tatsächlich ausreichender Höhe möglich werden, wir also nicht von Beträgen wie etwa 10, 20 oder auch 30 Milliarden Euro jährlich sprechen. Und es bleibt das Problem von schwierigerer parlamentarischer Kontrolle und möglicherweise höheren Finanzierungskosten, wenn öffentliche Unternehmen als Investitionsgesellschaften sich nicht zu den gleichen Kreditkonditionen verschulden können wie die Kernhaushalte.⁹⁰

3.3 MINDESTPROJEKTE AUS LINKER SICHT

Linke Kern- bzw. Mindestprojekte liegen weitgehend auf der Hand: Die Abschaffung der Schuldenbremse, eine Vermögenssteuer sowie ein generelles Umsteuern in der Finanzpolitik der Kommunen über eine Tilgung der Altschulden und einen Umbau der Steuermittel für Städte und Gemeinden (Stichwort Gemeindefinanzsteuer) gehören unbedingt dazu. Denn die Kommunen sind die ersten und wichtigsten Erfahrungsorte der Menschen, wenn es um funktionierende Daseinsvorsorge und damit Staatlichkeit geht. Zentral wäre zudem eine Reform der Einkommensteuer wegen der direkt spürbaren und breiten Entlastung für Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Steuerreformen müssten zudem einhergehen mit dem Ausbau einer schlagkräftigen Finanzverwaltung und der stärkeren Bekämpfung der zahlreichen Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung, von denen Vermögende und Unternehmen rege Gebrauch machen.

Es könnte sich aber auch lohnen, andere Steuerarten, etwa eine Bodenabgabe oder Bodenspekulationssteuer, noch einmal in den Blick zu nehmen, da die zugespitzte Wohnungsfrage ein hohes Maß an politischer Mobilisierung ermöglicht.

Eine Vermögensabgabe, wie von der LINKEN verlangt, sollte hingegen nicht an erster Stelle der Forderungen stehen. Sinnvoller wäre es, eine langfristig angelegte Vermögenssteuer einzuführen. Zudem sollte DIE LINKE realisieren, dass etliche ihrer potenziellen Bündnispartner, darunter auch die Gewerkschaften, einer Vermögensabgabe zurückhaltend gegenüberstehen. Dabei dürfte wohl eine Rolle spielen, dass die Einnahmen aus solch einer Zahlung als zu eng zweckgebunden angesehen werden (Tilgung der Corona-Schulden), die Gewerkschaften aber vor allem in ihrem Programm und ihrer politischen Botschaft – zu Recht – darauf setzen, aus den Schulden herauszuwachsen, statt sie zu tilgen. Der Hinweis auf die Vermögensabgabe ist aber sinnvoll und wichtig, wenn es darum geht klarzumachen, dass bei strikter Beibehaltung der Schuldenbremse kein Weg daran vorbeiführen wird, eine solche Abgabe einzuführen. Andernfalls drohen massive Sozialkürzungen.

So weit, so klar. Doch gute finanz- und steuerpolitische Konzepte sind nicht alles. Wie kann die gesellschaftliche Linke bei diesen Themen in die Offensive kommen?

⁹⁰ Siehe dazu und zur Kritik an der Schuldenbremse allgemein Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2020.



4 DIE FINANZIERUNGSFRAGE IN KÄMPFE UM KONKRETE BEDARFE EINBETTEN!

Durch die Pandemie, das zeitweise Aussetzen der Schuldenbremse sowie die offensiven Kreditaufnahmen hat die Erzählung von der Notwendigkeit der Schuldenbremse deutliche Risse bekommen. Für große Teile der Öffentlichkeit wurde klar, dass ohne eine aktive Neuverschuldungspolitik die wirtschaftliche und allgemeine Lage angesichts der Pandemie deutlich schlimmer ausgesehen hätte. Geld war plötzlich da und konnte relativ schnell zumindest teilweise zielgerichtet mobilisiert werden. Das allerdings heißt noch nicht viel. Die über Jahre und Jahrzehnte als alternativlos gepredigten Erzählungen über das Übel des überbordenden Schuldenmachens oder die schädliche Wirkung von Steuererhöhungen für Unternehmen und Vermögende haben sich tief in die Gesellschaft und das Denken eingeschrieben. Die Einsicht, dass mit der herkömmlichen Schuldenbremse massive Kürzungen einhergehen oder eben nur eine absolut mangelhafte Investitionspolitik möglich ist, ist leider kein Automatismus. Ebenso wenig wie der Rückschluss, dass es bei Erhalt der Schuldenbremse und den strikten Tilgungsvorgaben zumindest eine ertragreiche Vermögensabgabe bräuchete, um Krisenkosten bei der Tilgung der Schulden sozial gerechter zu verteilen.

Dazu kommt, dass die Gesellschaft krisenmüde ist und vor allem Geringverdiener*innen in der Pandemie Einkommen verloren haben. Gerade deswegen ist es sinnvoll, für Umverteilung und eine bessere Ausstattung der sozialen Infrastrukturen sowie eine beschäftigungspolitisch abgefedernte ökologische Wende zu kämpfen. Aber die Erfahrungen zeigen, dass in solchen Zeiten und mit Ausblick auf weitere Unsicherheiten und Umbrüche aufgrund der Klimakrise Ängste leicht mobilisiert werden können.⁹¹ Da verfängt es schnell, wenn eine aggressive Lobby von Politiker*innen, Verbandsvertreter*innen und einem Teil der Medien gegen Steuererhöhungen wettet. Diese Dynamiken muss man beachten, wenn es um politische Ansprache, um Mobilisierung und darum geht, die strukturellen Voraussetzungen für eine andere Politik zu erklären.

Dennoch bleibt ein wenig Hoffnung. Die Investitionsbedarfe sind allgemein anerkannt so massiv, dass es zumindest deutlich schwerer als in früheren Jahren fallen dürfte, ein Zurück zur Schuldenbremse

⁹¹ Die Debatte um notwendige Benzinpreiserhöhungen, angestoßen von den Grünen, bietet einen ersten Vorgeschmack auf die Heftigkeit der mit dem Klimawandel einhergehenden verteilungspolitischen Konflikte.

einfach so umzusetzen. Nicht nur in der wirtschaftspolitischen Debatte ist etwas aufgebrochen, auch – und damit zusammenhängend – in Teilen der Medien wird die Notwendigkeit einer Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse und einer kreditfinanzierten Investitionspolitik deutlicher gesehen und beschrieben.

Zudem haben viele Menschen in dieser Krise verstärkt erfahren, wie defizitär ausgestattet und personell unterbesetzt etwa die Bereiche Gesundheit, Schulen, Kitas oder allgemein öffentliche Ämter und Behörden sind. Viele Bürger*innen oder auch Beschäftigte in den sogenannten systemrelevanten Bereichen, die durch die Krisenerfahrung selbstbewusster geworden sind, nehmen diese Defizite als Staatsversagen wahr. Es ist die Aufgabe einer gesellschaftlichen Linken, daran zu arbeiten, dass diese Wahrnehmung nicht in weitere Resignation, Ohnmacht und eine Verteufelung des Öffentlichen an sich mündet, sondern in einer Ermächtigung und Einforderung anderer Verhältnisse. Das gilt auch für die Verteilungsfrage. Hier wird die Öffentlichkeit in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt mit den Behauptungen bombardiert werden, dass höhere Steuern für Unternehmen oder Vermögende angeblich Gift für das Wirtschaftswachstum sind.

Die Ausgangsbedingungen sind nicht so schlecht. Umfragen zeigen, dass es eine – allerdings nicht auf ein klares parteipolitisches Projekt gemünzte – Wechselstimmung mit Blick auf die Bundestagswahlen gibt.⁹² Mehrheiten gibt es auch für eine höhere Besteuerung von Vermögenden.

Im Dezember 2019 etwa befürworteten 72 Prozent eine Vermögensteuer à la SPD, im Januar 2021 waren 78 Prozent dafür, zur Bewältigung der Corona-Krise sehr hohe Einkommen stärker zu besteuern.⁹³ Interessant sind in diesem Kontext auch die nach dem gescheiterten Berliner Mietendeckel deutlich gewachsenen Zustimmungsraten im ganzen Land für einen bundesweiten Mietendeckel bzw. in Berlin auch für Enteignungen großer Wohnungskonzerne.⁹⁴ Auch dabei geht es um das Thema Umverteilung und gesellschaftliche Bedarfe. Die Frage ist also, wie man diese Grundstimmung (weiter) in die richtige Richtung treiben kann und wie es gelingt, die abstrakten und komplexen Themen Staatsfinanzen, Investitionen, Steuern und Umverteilung herunterzubrechen und mit Alltagsinterventionen und -kämpfen so zu verbinden, dass die Forderungen nicht an der immens starken Abwehr der in Öffentlichkeit und Medien so einflussreichen Gegner*innen einer anderen Politik zerschellen.

Wie so etwas funktionieren kann, zeigt – auf einem etwas anders gelagerten Feld – die erfolgreiche Kampagne «Deutsche Wohnen und Co. enteignen». Aufgrund

⁹² Bertelsmann Stiftung: Wer schafft's ins Kanzleramt? Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Mai 2021, unter: www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BS/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Politalk_Wer_schafft_s_ins_Kanzleramt.pdf. Allerdings sind solche Stimmungen erfahrungsgemäß recht volatil. ⁹³ ARD-DeutschlandTrend: Mehrheit ist für eine Vermögensteuer, Tagesschau, 13.12.2019, unter: www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-1897.html; ZDF: ZDF-Umfrage: 78 Prozent der Deutschen wollen sehr hohe Einkommen stärker besteuern. Bundestagspräsident Schäuble dafür offen, 3.1.2021, unter: www.presseportal.de/pm/7840/4803339. ⁹⁴ Rbb24: Immer mehr Berliner für Enteignung von Wohnungsgesellschaften, 29.4.2021, unter: www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2021/beitraege/berlintrend-april-2021-mietendeckel-umfrage-parteien.html.

der konkreten Nöte und Bedürfnisse und des vielfachen lokalen Widerstands der Mieter*innen in Berlin ist es gelungen, das Thema einer generell anderen Mieten- und vor allem Eigentumspolitik erfolgreich in der Öffentlichkeit zu platzieren. Voraussetzung dafür waren und sind jahrelange mietenpolitische Initiativen und Kämpfe von unten, eine gut durchdachte und organisierte Kampagnenpolitik der Initiative für einen Volksentscheid sowie der Widerhall, den die mietenpolitischen Kämpfe allgemein im parlamentarischen Raum gefunden haben, Stichwort (gescheiterter) Mietendeckel unter r2g in Berlin.

Klar ist, dass sich solche Erfahrungen und Kämpfe nicht so schnell reproduzieren lassen. Doch ginge es darum, weitere Beispiele erfolgreicher Interventionen, die lokal verankert sind und von dort aus regionale und überregionale Ausstrahlungskraft entwickeln, (weiter) voranzubringen. Eine Aufgabe dabei ist es, bereits existierende Kämpfe zu identifizieren, die sich dafür anbieten, das Finanzierungsthema und das damit verknüpfte Umverteilungsthema in einem größeren Kontext zu thematisieren. Vorstellbar ist dies etwa bei den Kämpfen um mehr Pflegepersonal und eine andere Finanzierungsgrundlage im Gesundheitssektor. Die von links und der LINKEN angestrebte Abschaffung des Fallpauschalensystems bietet eine gute Möglichkeit, die Notwendigkeit einer anderen Finanzierungsbasis noch stärker zu thematisieren. Denn ein personell anders ausgestattetes und nicht auf Profitlogik getrimmtes Gesundheitssystem, das für viele Menschen Vorteile hätte, braucht mehr Geld. Konkrete Anknüpfungspunkte gibt es im-

mer wieder, so zuletzt im aktuellen Tarifkonflikt an Berliner Krankenhäusern, bei dem unter anderem DIE LINKE für lokale Unterstützerinitiativen und Partnerschaften mobilisiert hat.⁹⁵

Es wären weitere Felder für diese Art von Interventionen zu identifizieren bzw. zu stärken. Als Folge der Pandemie etwa stellt sich die Frage, ob und wie die zuge-spitzten, frustrierenden Erfahrungen von Kindern, Eltern, Lehrer*innen und Erzieher*innen mit den großen Unzulänglichkeiten des Bildungssystems (sowohl was die Ausstattung mit Räumen und digitaler Infrastruktur als auch Personal angeht) Anknüpfungspunkte für Organisationen und Proteste mit Blick auf ein Umsteuern in der Finanz- und Personalausstattung von Kitas, Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen bilden. In Berlin etwa fordert die Kampagne «Schule in Not» eine Rekommunalisierung der Schulreinigung. Sie kämpft damit für eine bessere Bezahlung und gleichzeitige bessere Qualität der Schulreinigung in den oft erbärmlich verkommene Schulen.⁹⁶ Die Initiative hat dabei aber einen weiten Fokus, sie denkt das System Schule als Ganzes. Sie streitet auch für bessere Personalschlüssel beim Lehrpersonal (und so auch für eine bessere Inklusion) und damit bessere Lern- und Arbeitsbedingungen für alle. Jüngst haben einige Berliner Initiativen, darunter «Schu-

⁹⁵ Schur, Daniel/Sturm, Jeannine: Gemeinsam Druck machen. Wie werden Krankenhauskämpfe zur gesellschaftlichen Bewegung?, LuXemburg online, April 2021, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/gemeinsam-druck-machen/; siehe auch den aktuellen Schwerpunkt der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema Gesundheit und Pflege unter: www.rosalux.de/dossiers/gesundheits-und-pflege. ⁹⁶ Weitere Informationen auf der Homepage www.schule-in-not.de.



ES GEHT DARUM, IN DER POLITISCHEN ALLTAGSPRAXIS FORDERUNGEN NACH EINEM ANDEREN KURS IN DER INVESTITIONS-, FINANZ- UND STEUERPOLITIK MIT DEN FRUSTRIERENDEN ERFAHRUNGEN DER BESCHÄFTIGTEN UND NUTZER*INNEN DER SYSTEME ÖFFENTLICHER DASEINSVORSORGE UND IHREN [...] GEGENENTWÜRFEN STÄRKER ZU VERKNÜPFEN.

le in Not» und «Gemeingut in BürgerInnenhand», angekündigt, sich in ihrem Kampf gegen Privatisierungen und für eine gute Daseinsvorsorge im Bereich Pflege, Bildung, öffentlicher Nahverkehr und Wohnen zusammenzuschließen, um vor der Bundestagswahl öffentlichkeitswirksam mehr Druck für die politischen Forderungen aufzubauen.

All diese Beispiele zeigen: Es geht darum, in der politischen Alltagspraxis Forderungen nach einem anderen Kurs in der Investitions-, Finanz- und Steuerpolitik mit den frustrierenden Erfahrungen der Beschäftigten und Nutzer*innen der Systeme öffentlicher Daseinsvorsorge und ihren (wei-

ter zu entwickelnden) Gegenentwürfen stärker zu verknüpfen und lokale, konkrete Kämpfe in einzelnen Feldern der sozialen Daseinsvorsorge zu führen. Diese müssen aber auch immer wieder thematisch und regional übergreifend zusammengebracht werden, um mit punktuell größeren Aktionen mehr Druck zu entfalten.

Daneben ist es unerlässlich, zentrale politische Anliegen, etwa der solidarisch sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft, bundesweit in die Öffentlichkeit zu bringen und dabei auch die Forderungen nach Abschaffung der Schuldenbremse und nach Umverteilung – oder besser: Rückverteilung – sichtbar zu machen.

ture und ver.di gab es bereits im Rahmen der zurückliegenden Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr.¹⁰⁰

Neben der Arbeit in konkreten Feldern politischer Alltagspraxis, von denen oben einige strategische Beispiele beschrieben wurden, gilt es darüber hinaus, in der LINKEN die theoretische Expertise im Feld Finanz- und auch Wirtschaftspolitik deutlich auszubauen, eigene Positionen und Konzepte breiter zu diskutieren und gegebenenfalls weiterzuentwickeln.¹⁰¹ Schulungsangebote und Aufklärungsarbeit auf diesem Gebiet sollten darüber hinaus für ein breiteres Umfeld angeboten werden, um für die kommenden Auseinandersetzungen argumentativ besser gewappnet zu sein.¹⁰²

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September bieten sich dafür mehrere bundesweite Aktionen an: So mobilisiert das #unteilbar-Bündnis zu einer Großdemonstration am 4. September in Berlin und hat bereits seine Aktion «Solidarischer Osten» gestartet, in der nach einer Bustour durch Mecklenburg-Vorpommern im Vorfeld der Landtagswahlen am 18. September eine Abschlusskundgebung in Rostock stattfinden wird.⁹⁷ Am 11. September mobilisiert ein breites Bündnis zu einer bundesweiten Demonstration gegen hohe Mieten und Verdrängung nach Berlin⁹⁸ – und am 24. September wird von Fridays for Future zu einem großen, globalen Klimastreiktag aufgerufen (und zu diversen, kleineren Klimastreiktagen vorab). Es ist zu hoffen, dass sich während der Aktionen die verstärkte Zusammenarbeit, die ver.di, Fridays for Future und #unteilbar Anfang Mai in einem – allerdings sehr kurzen, allgemein gehaltenen – Dialogpapier unter dem Schlagwort «Aufbruchsklima»⁹⁹ angekündigt haben, weiter ausbuchstabiert. Eine erste sichtbare und augenscheinlich fruchtbare Allianz zwischen Fridays for Fu-

⁹⁷ Unteilbar: Für einen solidarischen Osten, unter: www.unteilbar.org/aktionen/solidarischerosten/. ⁹⁸ Siehe für mehr Informationen: <http://mietendemo.org>. ⁹⁹ Ver.di; FFF und #unteilbar für eine solidarische Gesellschaft, 5.5.2021, unter: www.verdi.de/themen/politik-wirtschaft/++co++4071375ad86-11eb-a61d-001a4a16012a; Unteilbar: Aufbruchsklima, Mai 2021, unter: www.unteilbar.org/aufbruchsklima/. ¹⁰⁰ Siehe Lehmann, Christiane: ver.di und Fridays for Future: gemeinsam für die Soziale Klimawende, 14.8.2020, unter: <https://wir-sind-verdi.de/2020/08/14/ver-di-und-fridays-for-future-gemeinsam-fuer-die-soziale-klimawende/>; Autor*innenkollektiv Climate.Labour. Turn: «Mein Pronomen ist Busfahrerin». Die gemeinsame Kampagne von FFF und ver.di zur Tarifrunde im öffentlichen Nahverkehr 2020. Ein Beispiel für ökologische Klassenpolitik, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2021, unter: www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/sonstige_texte/Broschur_Busfahrerin_Juli21_Web.pdf. ¹⁰¹ Dazu zählt dann übrigens auch eine kritische Auseinandersetzung mit den konkreten haushaltspolitischen Entscheidungen, die Regierungen unter linker Beteiligung mit Blick auf die Spielräume der Schuldenbremse treffen oder eben unterlassen. Stichwort mögliche Nutzung von Extrahaushalten oder zeitlich maximal möglicher Rückgriff auf Notlagenkredite. ¹⁰² Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat dafür Anfang 2021 ein neues Projekt zur ökonomischen Grundlagenbildung gestartet, in dem analoge und digitale Bildungsmaterialien zum Thema erarbeitet werden.

Wichtig sind zudem der Ausbau der Kommunikation und der Aufbau organischer Intellektueller, die zu diesen Fragen im Rahmen einer strategisch angelegten Öffentlichkeitsarbeit sprechen. Dabei geht es auch darum, das Thema an passenden Stellen offensiv zuzuspitzen und die Vermögenden als ungerechtfertigte Nutznießer*innen eines politisch gewollten Systems obszön ungleich verteilten Reichtums zu brandmarken. Erwartbare Vorwürfe einer angeblichen Neiddebatte sollten dabei selbstbewusst gekontert werden. Und last, but not least geht es auch darum, die Zuversicht zu stärken: «Wir sollten jene Momente herausstellen, in denen es aktuell gelingt (und einst gelang), Besitzenden etwas wegzunehmen, um dem Gefühl gegenzuarbeiten, dass man an die sowieso nicht herankäme.»¹⁰³

Gute Konzepte für eine andere Finanz- und Steuerpolitik und ein ernsthaftes Programm für einen linken Green New Deal liegen vor, doch es gelingt der LINKEN derzeit nicht, damit ausreichend in die Öff-

fentlichkeit zu dringen, geschweige denn genug Aufmerksamkeit und Druck für die eigenen Themen und Forderungen aufzubauen. Stattdessen dominierten zuletzt Berichterstattungen über Parteipossen im Saarland, die kläglichen Thesen Sahra Wagenknechts oder aus der Fraktion das unkluge Bashing der Grünen-Forderung nach Benzinpreiserhöhungen das mediale Bild. Weder die Fraktion an sich noch Fraktion und Partei ziehen ausreichend an einem Strang und setzen in den notwendigen Zukunftsthemen entscheidende, wirklich sichtbare Akzente. Das ist bitter. Die Zeiten drängen nach anderen Antworten und es haben sich zumindest Möglichkeitsfenster für eine ernsthaftere Debatte über neue Wege in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und mit Blick auf Staatlichkeit, Vergesellschaftung, Planung und den Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge geöffnet. Nichts wird dringender benötigt als eine starke linke Stimme und Kraft, die glaubhaft den Aufbruch in ein sozial-ökologisches Zukunftsprojekt ausbuchstabiert und dafür erfolgreich mobilisiert.

¹⁰³ Candeias, Mario: Zeit für etwas Neues: Darum Sozialismus, in: Candeias, Mario/Fried, Barbara/Schurian, Hannah (Hrsg.): Lust auf Sozialismus ... Für die Zukunft sorgen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 31, Berlin 2020, S. 3–16, hier S. 6.

AUTORIN

Eva Völpel ist Referentin für Wirtschafts- und Sozialpolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Davor hat sie unter anderem als Gewerkschaftssekretärin für ver.di und als Redakteurin für *die tageszeitung* gearbeitet.



WEITERE PUBLIKATIONEN



Dr. Nadja Rakowitz
**APPLAUS
IST NICHT GENUG**
Mythen, Probleme und Kämpfe
rund um das Krankenhauswesen
in Corona-Zeiten
luxemburg argumente Nr. 19
Juli 2021
44 Seiten
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/44817



Andrej Holm
**MUSS WOHNEN IMMER
TEURER WERDEN?**
Mythen und Behauptungen
über Wohnen, Miete, Kaufen
luxemburg argumente Nr. 15
4., überarbeitete Auflage
Juni 2021
52 Seiten
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/37487

IMPRESSUM

luxemburg beiträge Nr. 3

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Alrun Kaune-Nüßlein

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2749-0939 · Redaktionsschluss: August 2021

Titelmotiv: picture alliance/Benedikt Spether

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

«Die Schuldenbremse und die bisherigen Tilgungsverpflichtungen von Bund und Ländern sind toxische Fußfesseln, wenn es um die Finanzierung gesellschaftlicher Bedarfe geht – und die Bekämpfung der Ungleichheit ist nicht nur ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, sie muss vor allem dem Zweck dienen, gesellschaftlich relevante Zukunftsprojekte für einen sozial-ökologischen Umbruch zu finanzieren.»

Eva Völpel